Schwerter Zeitung

Regelmäßige Beilagen: Schwerter Hausfrau und Mutter. Aus dem Reiche der Mode. Heimatblätter n Lustiges Allerlei. Kinderzeitung. Unser Blatt n Unterhaltungs-u. Romanbeilage n Spiel, Sport und Turnen. n Filmkritik. Kunst u. Wissen. n Gartenratschläge.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung / Aplerbecker Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. n Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852. Verantwortliche Schriftleitung: Karl Richter in Schwerte. Tel. 62.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 140 | Montag, 18. Juni 1923 | 56. Jahrgang

Zum Gelei:.

Ach wie nahe ist der Feind.
Die Fluten des Rheins schützen uns zwar,
Doch ach was sind die Fluten und Berge
Jenem schrecklichen Volke,
Das wie ein Gewitter daherzieht.

Goethe.

Neueste politische Nachrichten.

Aus Paris wird gemeldet: Poincare gab vorgestern vor der Finanzkommission und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senates einen neuen und äußerst befriedigenden Bericht über die Fortschritte, die Frankreich in den Bergwerken und bei den Eisenbahnern im besetzten Gebiet in der letzten Zeit erzielt habe.

*

Ministerpräsident Mussolini hat den deutschen Botschafter Frhr. v. Neurath empfangen. Es verlautet, daß die Unterhaltung vorwiegend der Ruhrfrage gegolten habe.

*

Im südlichen Teil des Einbruchsgebietes haben starke Truppenzusammenziehungen stattgefunden. Der Personen- und Güterverkehr wurde infolge umfangreicher Neubesetzung von Bahnhöfen im Ruhrgebiet stillgelegt.

*

Die Schachtanlagen 3 und 4 der Zeche Shamrock und die Schachtanlagen bei Herne sind von den Franzosen besetzt worden.

*

Gestern mittag haben die Franzosen den Straßenbahnverkehr zwischen Gelsenkirchen und Herdecke stillgelegt.

*

Der kommunistische Reichstagsabg. Höllein ist vorgestern abend in der Richtung Straßburg-Kehl abgeschoben worden, und in Berlin eingetroffen.

*

Zum polnischen Gesandten in Berlin ist Kasimir Olzowski ernannt worden.

*

Der frühere bulgarische Ministerpräsident Stambulinski wurde bei einem Fluchtversuch erschossen.

*

Der ehemalige österreichisch-ungarische Finanzminister Bilinski ist in seiner Wiener Wohnung an Herzschwäche gestorben.

*

Der deutschnationale Kreisverein der Stadt Cassel hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, nach dem von den Franzosen erschossenen Kaufmann Schlageter einen Platz oder eine Straße zu benennen.

* * *

Vermischte Nachrichten.

Der Senior der Hamburger Geistlichkeit, Dr. Friedrich Rode, ist Donnerstag nachmittag gestorben.

*

Im Stadtverordnetenkollegium in Suhl (Thüringen) entstand zwischen Kommunisten und Sozialisten, da letztere eine Wohlfahrtsanleihe von 30 Millionen ablehnten, eine wüste Prügelei.

*

Eine Zählung der Sterne ist auf der Greenwicher Sternwarte zu Ende geführt worden. Die Zählung, geschah auf Grund einer Unmenge photographischer Aufnahmen und wurde schon von dem verstorbenen Franklin-Adams begonnen. Danach beträgt die Zahl der Sterne bis zur 17. Größe rund 52 Millionen, bis zur 23. Größe aber erhöht sich ihre Zahl auf über 1000 Millionen! — Sollte da die Erde wirklich der einzige Stern sein, der von mit Bewußtsein begabten Wesen bewohnt ist?

* * *

Jubiläum und Wiederkehr.

Sitzung des Deutschen Reichstags am 16. Juni.

Zu der Sonnabend-Sitzung des Reichstages sind die Plätze der Abgeordneten Herold vom Zentrum und Dietrich von den Deutschnationalen mit einem großen Blumenstrauß geziert, da beide Abgeordnete ihr

25jähriges Parlamentsjubiläum

feiern. Auch auf dem Platze des kommunistischen Abgeordneten Höllein, der jetzt aus der französischen Haft zurückgekehrt ist, liegt eine Anzahl roter Rosen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Präsident Löbe den beiden Jubilaren herzliche Worte. Der Präsident erinnerte daran, daß das Vierteljahrhundert, daß beide Abgeordnete im Parlament verbracht haben, angefüllt war von Ereignissen von einer Bedeutung und Tragik, wie sie früher wohl kaum Generationen erfahren haben. Dann begrüßte er den Abgeordneten Höllein. Er wies darauf hin, daß Höllein von einer Regierung gemartert worden sei, die sich die Regierung der allgemeinen Menschenrechte nenne, und schloß mit dem Wunsche, daß auch unsere Landsleute bald von der Bedrückung befreit werden.

Ohne Debatte wird darauf endgültig angenommen ein Antrag aller Parteien auf Einrichtung einer

Reichsbeschaffungs-

und Verteilungsstelle, eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz, die die Befreiungsgrenze von der

Inseratensteuer

der Geldentwertung entsprechend heraufsetzt, ein Gesetz, wonach eine wertbeständige

Anlegung von Mündelgeldern

zulässig ist und die Verlängerung des Weinsteuergesetzes bis zum 1. April 1924. Dann setzte das Haus die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der **Geschlechtskrankheiten** fort.

Dann folgte die zweite Beratung des Heimarbeiterlohngesetzes.

Die Vorlage wurde in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

Um 4 Uhr vertagte sich das Haus auf Montag 3 Uhr. (Goldhypotheken-, Landessteuergesetz, dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.)

*

Um die Schutzpolizei.

Sitzung des Preuß. Landtages am 16. Juni

Der Preußische Landtag setzte in seiner Sitzung die Beratung der Ausgaben für die Schutzpolizei und die Staatliche Polizeiverwaltung im Haushalt des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Dr. v. Dryander (DN.) führte dazu aus: Der staatliche Polizeiapparat hat bei den mitteldeutschen Unruhen in einem vorher nicht gekannten Maße versagt. Der Oberpräsident Hörsing hat die Ernennung von Polizeibeamten zu verantworten, die mit Zuchthaus vorbestraft waren. Der Aufstand wurde erst niedergeschlagen, als der Minister des Innern sich entschloß, die Leitung der Abwehraktion von Magdeburg nach Merseburg zu verlegen. Im Ruhrgebiet sind die Schutzpolizeibeamten den schlimmsten Ausschreitungen der Besatzung ausgesetzt gewesen. Wir hoffen und erwarten, daß für sie in umfassender Weise Sorge getragen wird. Die Entente hat in einer neuen Note die weitere Verhinderung der Schutzpolizei um mehrere Hundertschaften verlangt, wir erwarten, daß die Regierung dieser Note ein kategorisches Nein entgegensetzt. Erfreulicherweise hat man sich über eine Verbesserung der Besoldungs- und Avancementsverhältnisse geeinigt. Das Verbandsunwesen, hat aufzuhören. Der nationale Gedanke lebt und wächst. Gott sei Dank. Möchte er auf der Tribüne der Parlamente und auf der Ministerbank etwas lebendiger zum Ausdruck kommen! (Lebhafter Beifall rechts. Zischen und Rufe links: 200 000 *M* der Zentner Weizen).

Der Sozialist Rabold polemisierte gegen den Vorredner. Mit dieser Art von Nationalismus werde Deutschland immer mehr dem Abgrunde entgegengeschlittert. (Sehr richtig! links.)

In der weiteren Aussprache wurden Sonderwünsche vorgebracht. Darauf wurden die Ausgaben für die Schutzpolizei und die Landespolizeiverwaltungen genehmigt.

Dann erledigte das Haus noch einige Etatsreste zu dem Haushalt des Finanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung. Hierbei wurde ein Antrag zur Erhaltung der Großen Volksoper in Berlin angenommen, die vom Herbst 1924 ab ohne Unterkunft sein wird. Darauf vertagte sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Dritte Lesung des Etats).

Zur Lage.

Infolge der Stillegung des Eisenbahnverkehrs durch die gestrige Besetzung einer Reihe von Bahnhöfen ging, wie zu erwarten, die Lebensmittelversorgung erheblich zurück. Aus Bochum und Gelsenkirchen wird über starken Kartoffelmangel geklagt. Ein Zentner Kartoffeln kostet nicht weniger als 2100 *M*. In Gelsenkirchen ist Fleisch so gut wie garnicht mehr zu haben. Bochum war gestern ohne Milch. Nach Castrop ist Mehl noch auf Lastautos gebracht worden. Auch aus Herne werden Lebensmittelschwierigkeiten gemeldet.

In Dortmund ist der Belagerungszustand aufgehoben worden.

Die Speditionsfirma Hemfoth hat am 8. Juni von den Franzosen den Befehl erhalten, für acht dem Namen nach polnische Arbeiterfamilien die Möbel nach Marten zu transportieren.

*

Aufregende Nachrichten.

Hagen, 17. Juni. In vergangener Nacht sind auf der Kontrollstelle Hengsten sämtliche Schnellzüge einer überaus scharfen Kontrolle unterzogen und teilweise stundenlang festgehalten worden. Es wurde jeder Reisende festgenommen, der auf seinem Paß keinen französischen Durchreisestempel hatte. Etwa 30 Personen wurden die ganze Nacht festgehalten und heute früh erst zu ihren Abfahrtsstationen zurückgeschickt. Auch am heutigen Vormittag wurde die Paßkontrolle in dieser Weise durchgeführt. Passagiere mit Pässen ohne — nach Aeußerungen der Franzosen nur in Witten und Wetter erhältlichen — Durchreisestempel, wurden rücksichtslos aus dem Zuge ausgesetzt. — In Vohwinkel ist gleichfalls eine Verschärfung der Kontrolle eingetreten. Der englische Stempel berechtigt nicht mehr zur Reise beispielsweise nach Düsseldorf, dagegen erkennen auch die Engländer den französischen Stempel nicht an zur Einreise ins englisch besetzte Gebiet, also z. B. nach Köln.

*

Die Deutschen als Freiwild.

Karlsruhe, 16. Juni. Wie die „Straßburger Zeitg." aus Paris meldet, lautet das neue Schießverbot an die französische Besatzungsarmee dahin, daß in Zukunft bei jeder Vorbereitung eines Angriffs auf französische Soldaten oder auf die der Bewachung unterstehenden Anlagen sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen ist. Der bisher vorgesehene Anruf oder die Verwarnung fallen in Zukunft fort. Die Soldaten, die mit der sofortigen Anwendung der Schußwaffe zögern, unterliegen strenger Bestrafung durch die Kriegsgerichte. (Damit ist jeder Deutsche sozusagen zum Freiwild für den französischen Soldaten gemacht, der es leicht hat, einen Angriff oder eine Drohung anzunehmen. Die Red.)

*

Paris, 16. Juni. Wie der „Temps" meldet, sind in Dortmund 430 Deutsche verhaftet worden. Die Verhaftungen seien wegen Nichtbefolgung der militärischen Anordnung erfolgt und zur Sicherung der Strafverfolgung der **Mörder der französischen Offiziere.** Dem „Matin" zufolge, steht eine Note an die deutsche Regierung wegen der Morde in Dortmund und in anderen Städten des besetzten Ruhrreviers bevor. Die „Humanité" erfährt, daß gleichzeitig mit der Verfügung einer vierwöchigen Verkehrssperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland eine Briefsperre im Verkehr der Heimat mit der Besatzungsarmee angeordnet worden ist, die als Vorbereitung wichtiger Vorgänge im besetzten Gebiet gedeutet werden müsse.

Um den passiven Widerstand.

Berlin, 15. Juni. Die Frage des passiven Widerstandes bildet z. Zt. den fast ausschließlichen Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Paris und London. Die hartnäckige Weigerung Poincarés, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, hat nach übereinstimmenden Angaben der englischen Presse in England außerordentliche Mißstimmung hervorgerufen. Es konnte als sicher gelten, daß die englische Regierung Frankreich erklärt hat, daß es ihr nicht möglich sei, an die deutsche Regierung die Aufforderung zur Kapitulation zu richten. Dagegen sei es denkbar, daß die englische Regierung der deutschen freundschaftlich empfehle, den passiven Widerstand abzubauen, wenn es die Bereitwilligkeit Frankreichs erklären kann, während der Dauer etwaiger Reparationsverhandlungen die Besatzung unsichtbar" zu machen und sich jedes unmittelbaren Eingriffes in das Wirtschaftsleben und die Verwaltung des Ruhrgebiets zu enthalten. Mit dieser Stellungnahme hat die englische Regierung anerkannt, daß die Reichsregierung gar nicht in der Lage ist, den Abwehrkampf im Ruhrgebiete von heute auf morgen einzustellen. Diese Tatsache wird übrigens von der Mehrheit der englischen Blätter ausdrücklich anerkannt. Unter dem Eindruck der Weigerung Poincarés, der englischen Stellungnahme irgendwelche Zugeständnisse zu machen, wächst in England, wenn man den Zeitungen glauben darf, die Neigung zu selbständigem Vorgehen. Auch Italien will nach den neuesten vorliegenden Meldungen selbständig vorgehen. Wie es heißt, will es das deutsche Memorandum für sich allein beantworten. Vorausgesetzt, daß diese Meldung zutrifft, müßte das seine Ursache darin haben, daß Italien sich durch England und Frankreich vernachlässigt fühlt. Wie die Stellungnahme Belgiens ist, ist nicht klar zu erkennen. Aus den vorstehenden Feststellungen ergibt sich jedenfalls eins mit voller Sicherheit: daß die Verhandlungen zwischen den Alliierten sich sehr schwierig gestalten werden, so daß noch gar nicht abzusehen ist, wann in die eigentlichen Verhandlungen, wenn sie überhaupt zustande kommen, eingetreten werden kann.

*

Was wird aus den Akten des alten Heeres?

Ueber die Aufbewahrung der Akten des alten Heeres hat das Reichswehrministerium die geltenden Bestimmungen zusammengestellt und ergänzt. Akten von Formationen des alten Heeres, die von neuen Formationen zurückbehalten, aber nicht fortgeführt sind, gehören zu der Reichsarchiv-Zweigstelle, die die Akten des zugehörigen früheren Armeekorps in Verwahrung hat. Werden die Formationen des alten Heeres von neuen Formationen fortgeführt, so werden sie der Reichsarchiv-Zweigstelle überwiesen, die für die Reichswehrformation zuständig ist. In beiden Fällen sind genaue Verzeichnisse der Akten vor ihrer Absendung den Reichsarchiv-Zweigstellen zur Prüfung und Bestätigung der Richtigkeit der Versendung zuzustellen. Für die Ueberweisung bestehen noch besondere Vorschriften. Krankenpapiere verbleiben grundsätzlich bei den Lagerstellen der Truppenakten. Abweichungen hiervon durch Ueberweisung an das Hauptkrankenbuchlager, an Versorgungsämter usw. sind schleunigst rückgängig zu machen. Das Hauptkrankenbuchlager ist lediglich für die alte Wehrmacht zuständig.

Keine großen Staatsmänner.

Der frühere englische Premierminister Lloyd George hat in einer Pfingstrede gesagt, Deutschlands Unglück rühre daher, daß es seit Bismarck keinen großen Staatsmann gehabt habe. Einen Staatsmann von der Bedeutung Bismarcks hat allerdings nach seinem Rücktritt weder das Deutsche Reich, noch die Entente gehabt, oder Lloyd George müßte so bescheiden sein, in sich selbst einen guten Bismarck zu sehen, eine Anschauung, die man ihm doch wohl nicht gut zumuten kann. Aber haben wir keinen zweiten großen Staatsmann wie den ersten Kanzler gehabt, so war doch mancher tüchtige Mann da, der sich mit jedem seiner Kollegen in Europa messen konnte.

Wer sind denn die Politiker, die sich seit 1890 wirklich einen Namen von Weltruf gemacht haben? Wenn wir ganz genau zusehen, so sind es eigentlich nur drei. Nämlich Fürst Bülow in Deutschland, König Eduard in England und Delcassee in Frankreich. Die beiden Letzteren haben 1904 die erste Anregung zur Gründung der Entente gegeben. Der am häufigsten genannte englische Politiker, war Chamberlain, der Burengegner. Die Minister aus der Kriegszeit und später Briand Clemenceau, Poincacree (Frankreich), Grey, Asquith, Balfour, Lloyd George (England), Iswolski und Sasanow (Rußland), Graf Berthold (Oesterreich-Ungarn) haben alle den Beweis ihrer wahren Größe entweder nicht erbracht oder soweit sie noch leben, schwankt ihr Charakterbild stark umstritten in der Geschichte der Gegenwart.

Bismarck wußte, welcher von unseren Gegnern am gefährlichsten werden konnte. Mit Bezug auf Rußland äußerte er 1886: „Wir laufen niemand nach!" Die einzigen Vorschriften, die er aber zur selben Zeit dem Hauptmann Wißmann gab, als dieser zur Bekämpfung der Araber nach Ostafrika ging, lautete, sich vor jedem Konflikt mit den Engländern zu hüten. Das war also zu einer Zeit, als die Briten in Deutschland noch nicht für voll genommen wurden. War Großbritannien nicht von vornherein der gefährlichste deutsche Gegner, so wurde es dazu bei einer Vereinigung der uns wenig freundlich gesinnten Staaten. Unser Verhängnis war, daß die deutsche Reichsregierung nicht geneigt war, an die drohende Rolle zu glauben, die König Edward von England spielte, weil der deutsche Kaiser sein Neffe war.

Hätte Deutschland vor 1914 den großen Staatsmann besessen, den Lloyd George an ihm vermißt hat, so hätte dieser doch nicht die Verteilung von fremden Ländern in dem Maße betreiben können, wie es Delcassee, Grey und Iswolski getan haben. Eine solche Politik lag nicht im deutschen Charakter, und vielleicht wäre Italien der Verbündete des Deutschen Reiches geblieben, wenn wir ihm gegenüber freigebig mit Ländern und Provinzen gewesen wären, die uns nicht gehörten, und deren Verschenken uns nichts gekostet hätte. Es ist Deutschland wohl überhaupt nicht zugetraut worden, daß es sich zu einer solchen Politik erniedrigen würde.

Die Reden, die Delcassee in Paris und Lloyd George im Namen und zugunsten der Entente gegen Deutschland hielten, waren gewiß alles Andere eher, als Ergüsse großer staatsmännischer Weisheit, sondern Hinweise auf die „Befreiung Europas von dem Militarismus von Potsdam". Damit wurde die Lage in Europa entstellt und die Raubsucht gegen uns aufgestachelt. Und diesen Politikern brachte das Deutsche Reich in seiner Vertrauensseligkeit ein weitgehendes Vertrauen entgegen. Große Staatsmänner haben uns gefehlt, aber vertrauenswürdige mangelten auf der Seite der Entente. Das ist unser Unglück gewesen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Im Mittelpunkte der Verhandlungen der Stadtverordneten-Sitzung am vergangenen Freitag an welcher 25 Stadtverordnete, sowie die Herren Bürgermeister Rohrmann, die Stadträte Melchheier und Reinehr und Stadtbauführer Wohlfarth teilnahmen, standen die Versicherung der städtischen Gebäude und die Wohnungsbauabgabe. Die Aussprache war derart ergiebig, daß ein Teil der Tagesordnung einer besonderen Sitzung überwiesen wurde.

*

Punkt 1. Nachtragsvertrag mit den Erben Braus. Die Firma Braus beabsichtigt, im Erdgeschoß rechts vom Eingang ihres Ecke Bahnhof- und Sedanstraße gelegenen Hauses ein Ladenlokal einzurichten. Nach den Bestimmungen des nach längeren Verhandlungen zustande gekommenen Vertrages muß sie das in die Fluchtlinie der beiden Straßen fallende Gebäude einschließlich des Grund und Bodens unter dem Teil des Gebäudes, der in die Fluchtlinie der Sedanstraße vorspringt, gemäß den Bestimmungen des Fluchtliniengesetzes abtreten und der Stadt den Zaun in der Sedanstraße zwecks stadtseitig vorzunehmender Neueinfriedigung zur Verfügung stellen.

Stadtv. Keuler erklärte sich gegen den Vertrag, da es im Interesse der Sedanstraße und ihres Verkehrs liege, daß das Haus in absehbarer Zeit niedergelegt werde. Im Falle der Annahme des Vertrages müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Rückversetzung des Zaunes bis spätestens 1. November dieses Jahres bewerkstelligt sei.

Stadtv. Frage schloß sich den Bedenken des Vorredners an, schilderte den zunehmenden Verkehr der Sedanstraße und gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Erlaubnis zum Einbau von einigen Schaufenstern die Wahrscheinlichkeit längeren Stehenlassens des Gebäudes befürchten ließe, als wenn das Haus auch in Zukunft lediglich Wohnzwecken dienen würde.

Stadtv. Kemmerling war der gleichen Meinung und stellte anheim, ob nicht durch Errichtung eines Geschäftspavillons zwischen dem Hause und der Besitzung des Herrn Dr. med. Emmerich die Frage gelöst werden könne.

Bürgermeister Rohrmann empfahl gegenüber den nicht unbegründeten Bedenken der Vorredner dennoch die Annahme des Vertrages, da angesichts der Zeitverhältnisse ein sofortiger Abbruch nicht zu erreichen sei. Der Abbruch selbst müsse nach den Bestimmungen des Vertrages bis 1939 erfolgt sein.

Nachdem die Stadtv. Duisberg, Möhle, Otten und Scharfe, welche darauf hinwiesen, daß ohne den Vertrag der Abbruch des Hauses innerhalb eines gewissen Zeitraumes gesetzmäßig überhaupt nicht zu erreichen sei, für Annahme des Vertrages gesprochen hatten, wurde die Vorlage mit erheblicher Stimmenmehrheit angenommen.

Punkt 2. Straßenbenennung am Kreinberg. Die Reichsbahnverwaltung hatte beantragt, den neuen Straßen in ihrem Siedlungsgelände der Hauptwerkstatt im Grüntal folgende Namen zu geben:

1. Parallelstraße östlich der Ostbergerstraße erhält den Namen „Am Ufer".
2. Die zweite Querstraße nördlich der Eisenbahnlinie Schwerte-Arnsberg „v. Borries-Weg".
3. Die dritte Querstraße daselbst „Wittfeld-Weg".
4. Die Verbindungsstraße zwischen „Am Quickspring" und „Am Hohen Stein" soll heißen „Garbe-Pfad".
5. Die von „Am Hohen Stein" nach Süden abzweigende und bis zur Holzwickeder Strecke führende Straße „Am Kreinberg".

Die Vorlage fand debattelos Annahme. Die unter 2—5 genannten Straßennamen rühren von Männern her, welche sich um das Eisenbahnwesen und seine Entwicklung verdient gemacht haben.

Punkt 3. Geländeaustausch mit der Reichsbahndirektion. Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, an der Ostbergerstraße Dienstwohngebäude für die Abteilungsleiter der Hauptwerkstatt zu errichten und zwar auf städtischem Gelände. Sie stellt dafür anderes Gelände zur Verfügung.

Nachdem Herr Bürgermeister Rohrmann die Vorlage erläutert hatte, wurde diese ohne Aussprache angenommen.

Punkt 4. Sicherungshypotheken für die Bauten des Eisenbahnbauvereins. In einer der letzten Sitzungen war bereits beschlossen worden, den andern Hypotheken für die Neubauten in der Gartenstraße (früher: verlängerter Jennigsweg genannt) vor der Hypothek der Stadt Schwerte in Höhe von 3 785 616 ℳ den Vorrang zu geben. Jetzt war eisenbahnseitig gebeten worden, einer Umgruppierung zuzustimmen. Dieser sollte nach der Vorlage entsprochen werden, wenn sich die vorberechtigten Eintragungen in ihrer Gesamtsumme nicht änderten.

Stadtv. Hesse teilte mit, daß infolge des anhaltenden Regenwetters und des Fließbodens die Entwässerungsanlagen der Häuser einer Umarbeitung dringend bedürften und bat, die dadurch entstehenden Kosten als vorberechtigt anerkennen zu wollen.

Der Magistrat wurde ermächtigt, die Vorlage entsprechend umzugestalten und zu verabschieden.

Punkt 5. Versicherung des Gaswertes. Der Magistrat beantragte nach dem Vorschlage der Gas- und Wasserkommission die Versicherung des städtischen Gaswerkes auf den 3000fachen Betrag des Friedenswertes. Da letzterer sich auf 263 050 ℳ stellt, würde die Gasanstalt mit 789 150 000 ℳ gegen Feuersgefahr versichert sein.

Stadtv. Otten war der Meinung, daß die Gasanstalt als lebenswichtiges Werk mit dem vollen Werte zu versichern sei, zumal es erhöhterer Feuersgefahr ausgesetzt sei als irgend ein anderes städtisches Gebäude.

Stadtv. Frage schloß sich dieser Ansicht an und wies darauf hin, daß die zeitige Ueberteuerung bereits das 10- bis 15 000fache des Friedensbauwertes betrage. Er verteidigte die bereits früher von ihm geforderte Goldmarkversicherung auf Dollarbasis, welche aber vom Magistrat nicht angewandt sei.

Stadtv. Keuler regte an, die übrigen städtischen Gebäude gegebenen Falles sehr niedrig oder gar nicht zu versichern, wie es der Staat mit seinen Gebäuden auch tue.

Stadtv. Möhle widersprach einer solchen Nichtversicherung wegen des Risikos und der Verantwortlichkeit.

Stadtv. Kemmerling fragt an, ob sich nicht eine Gegenseitigkeitsversicherung der Städte nach dem Umlageverfahren erreichen lasse, wie dieses für landwirtschaftliche Betriebe seit einiger Zeit eingeführt sei.

Stadtbauführer Wohlfarth erwiderte, daß zur Zeit der Einbringung der Vorlage die Ueberteuerung nur das 7000fache betragen habe und man sich mit einer Versicherung auf den 3000fachen Friedenswert zunächst hätte begnügen wollen.

Bürgermeister Rohrmann rechtfertigte das Verhalten des Magistrats gegenüber der Dollarversicherung und erklärte zu den Ausführungen des Stadtv. Kemmerling, daß Gegenseitigkeitsversicherungen bei industriellen Unternehmungen nicht zu erreichen seien. Für Privatbauten sei nach neuerlichen Festsetzungen der Versicherungsanstalten das Umlageverfahren vorgesehen.

Nachdem Stadtv. Frage erwidernd seine Ansicht erneut vertreten hatte, wurde auf Antrag des Stadtv. Wilkes die Versicherung der Gasanstalt auf den 10 000fachen Betrag des Friedenswertes einstimmig angenommen.

Punkt 6. Löschung von Baukostenzuschüssen. Zu den Besitzungen Westerfeld, Regenbogenstraße 12 und Marquis, Regenbogenstraße 10, hat die Stadt seinerzeit dem Spar- und Bauverein als Erbauer Baukostenzuschüsse gewährt. Die Hausinhaber beantragen die Rückzahlung nebst Zinsen.

Dem Antrage wurde zugestimmt.

Punkt 7. Pachtvertrag betr. den Freischütz. Die in der vorigen Sitzung gewählte Kommission hat inzwischen mit Herrn Straetmanns einen Nachtrag getätigt, welcher die Pacht auf einer Friedensmiete von 10 000 ℳ nebst sämtlichen Auswirkungen nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes vorsieht. Auf Wunsch der Anpächterin, der Stiftsbrauerei Hörde, soll das im Nachtrag vorgesehene Schiedsgericht in Streitfällen durch das ordentliche Gericht ersetzt werden. Finanzausschuß und Magistrat hatten zugestimmt.

Die Vorlage wurde ohne Aussprache angenommen.

Punkt 8. Umwandlung des alten Friedhofes an der Bahnhofstraße in eine Erholungsstätte. Die Vorstände der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde haben dem Wunsche der Stadtverwaltung, den alten Friedhof an der Bahnhofstraße unter bestimmten Voraussetzungen in eine Erholungsstätte umzuwandeln, in entgegenkommender Weise entsprochen. Nach dem zu diesem Zwecke zu tätigendem Vertrage zahlt die Stadt eine jährliche Anerkennungsgebühr und übernimmt die Instandhaltung der Tore und Umfassungsmauern. Die Genehmigung erfolgt auf Widerruf. Die Stadt verpflichtet sich weiterhin, auf Antrag der Gemeinden den Friedhof nach dem 1. Oktober 1945 zum gemeinen Wert anzukaufen.

Die Stadt beabsichtigt, nun unter Schonung des Charakters als Friedhofes in der hinteren Hälfte einige Wege anzulegen, Bänke aufzustellen und für die Kinder Sandkästen anzubringen. Das tägliche Oeffnen und Schließen des Friedhofes soll dem Polizeibeamten des Reviers übertragen werden.

Stadtv. Frl. Ludwig regte an, mit der Beaufsichtigung des Friedhofes einen pensionierten Beamten oder dergl. zu beauftragen, dem die Grasnutzung dafür zu gewähren und auch das Oeffnen und Schließen zu übertragen sei. Weiterhin hat sie um Vermehrung der Bänke — in der Vorlage sind neun vorgesehen — und um Aufstellung von Papierkästen.

Bürgermeister Rohrmann sagte letzteres zu.

Stadtv. Otten hat, die Schließgewalt aus praktischen Gründen (z. B. Entfernungsmöglichkeit unwilliger Elemente beim abendlichen Schließen) dem Polizeibeamten zu überlassen und die kahlen Stellen der Mauer an der Gasstraße mit Sträuchern aus der städtischen Baumschule an der Königstraße zu bepflanzen.

Die Vorlage wurde mit diesen Bestimmungen und der Zusicherung vom Magistratstische, den Friedhof baldmöglichst zu öffnen, einstimmig angenommen. Die erforderlichen Vorarbeiten sollen sofort erfolgen, wenn es das Wetter eben zuläßt.

Punkt 9. Erhebung einer Wohnungsbauabgabe. Nach der Vorlage des Magistrats soll für die Stadt Schwerte nach Anordnung des preußischen Gesetzes vom 4. Mai 1923, welches für die Zeit vom 1. Jan. 1923 bis Ende 1924 einen jährlichen Pflichtbeitrag an Wohnungsbauabgabe in Höhe der 850fachen Gebäudesteuer, davon die Hälfte für den

Die „Königin der Nacht".

Seeroman von H. Hill.

(Nachdruck verboten.)

22

„Ich spreche nicht englisch, bedaure," knurrte der blinde Passagier.

„Armer Bursche, er ist gewiß hungrig, seien Sie nicht hart zu ihm," bat Aline, die mit dem Rest der Gesellschaft nähergetreten war, und dieser freundlichen Intervention verdankte der Fremde die Behandlung, die ihm nun zu Teil wurde. Durch Zeichen bewogen wir ihn schließlich, das Boot zu verlassen, und als er auf Deck trat, entpuppte er sich als ein hübsch gewachsener Mensch mit feinen Gesichtszügen, die, trotzdem sie vollständig geschwärzt waren, sich durchaus nicht übel ausnahmen. Zavertal, der viele Sprachen beherrschte, redete ihn in mehreren an, und erklärte schließlich, es wäre ein Spanier und ein Schiffssteward, der auf einem nach Spanien segelnden Schiffe keine Stellung gefunden und nun auf diese Weise in die Heimat zurückkehren wollte.

„Gut," erklärte ich, „wir wollen ihm gestatten, sich nach Hause zu arbeiten, aber allzu leicht soll er nicht loskommen. Er muß die Reise mit uns mitmachen, und wir werden ihn in Gibraltar oder Lissabon auf der Heimfahrt ausschiffen. Jetzt fort mit ihm, und geben Sie ihm etwas zu essen."

Als man dem Fremden das Urteil übersetzt hatte, entfernte er sich unter Danksagungen und Verbeugungen mit dem Quartiermeister, dessen Obhut ich ihn übergeben. Das Ereignis wurde von den Passagieren noch während des ganzen Nachmittags besprochen, und Lord Darranmore erregte viele Heiterkeit, indem er die Ehre der „Gefangennahme" des Mannes für sich in Anspruch nahm. Ich hörte, wie Waldo ihn mit seiner Entdeckung aufzog.

„Ich wette, Sie allein wären doch nicht so schlau gewesen, sich ganz von selbst in dem Boot zu verstecken," sagte der General.

„Nein nicht ganz," gab der Junge widerstrebend zu.

„Und wer darf diese gute Idee für sich in Anspruch nehmen?" fragte der alte Herr.

„Der Doktor, er hat mich darauf gebracht," erklärte Darranmore.

Waldo ging auf den Gegenstand nicht weiter ein und entfernte sich mit seltsamen Achselzucken.

An demselben Abend half der Spanier mit dem gebräunten Gesicht, nachdem er sich tüchtig gewaschen und seine Kleider gebürstet, den Stewards, die an Zavertals Tische aufwarteten.

8. Kapitel.

Der erste Todesfall.

Die Fahrt durch die Bai von Biscaja war bei schönem Wetter beendet, und am Morgen des fünften Tages, als die Passagiere auf Deck erschienen, kam Gibraltar in Sicht. Als das Frühstück vorüber war, hatten wir die Kohlendampfer passiert, und die „Königin der Nacht" lag eine Viertelmeile von der neuen Mole vor Anker. Im Nu war sie von dem üblichen Gewimmel von kleinen Booten umgeben, die mit geschwätzigen Melonen- und Weintraubenverkäufern bemannt waren. Am Strande bewegten sich schwarzäugige Damen zur Morgenparade, und von unserem Ankerplatz aus nahmen sich die grauen, großen Massen der Felsen, zu deren Füßen die langgestreckte Stadt lag, im Sonnenscheine recht heiter aus.

Da die Instruktionen, die ich von den Reedern erhalten, mir gestatteten, vierundzwanzig Stunden in diesem Hafen zu verweilen, so konnten die Passagiere an Land gehen und sich den Ort eingehend anschauen. Zahlreiche Partien hatten sich schon zu diesem Zwecke gebildet, und unsere Boote waren bald besetzt, um die Vergnügungslustigen nach der Landungsstelle zu bringen. Unter den ersten, welche abfuhren, befand sich ein Boot, welches persönlich von Zavertal gerudert wurde, in welchem Lord Darranmore und sein Begleiter saßen; auch Mr. Orlebar machte die Partie mit. Der Letztere hatte, seit er an Bord gekommen war, fürchterlich getrunken, und ich hörte, wie der Doktor ihn veranlassen wollte, ruhig auf dem Schiff zu bleiben; die Erregung einer solchen Partie, meinte er, könne ihm nur schaden. Doch diese Vorstellungen hatten keine andere Wirkung, als Orlebar in seinem Entschlusse zu bestärken, und Zavertal gab seinem Verlangen nach — meines Erachtens nach etwas zu schnell.

Aline und Mrs. Brinkworth waren übereingekommen, mit der Gesellschaft zu fahren, deren Leitung General Waldow übernommen, und da ich im letzten Augenblick fand, daß mich eigentlich nichts an Bord zurückhielt, beschloß ich, sie zu begleiten. Nach der Landung gingen wir durch das Hauptgitter und bogen in die steilen Straßen ein, bis wir nach dem Postgebäude kamen, wo wir nach Briefen und Telegrammen fragten. Beim Betreten des Postgebäudes stießen wir mit der Gesellschaft des Doktors zusammen, die eben fortging, nachdem sie sich ebenfalls Briefe und Telegramme geholt. Seine Begleiter waren eifrig mit der Korrespondenz beschäftigt, doch Zavertal steckte eine Kabeldepesche, die er eben gelesen, in die Tasche und sah ärgerlich und ängstlich aus.

„Dieser vertenfelte Kerl, der Orlebar ist uns entwischt," sagte er. „Vielleicht hätte ich besser Acht geben sollen, aber da er ja auf dem Schiffe alles bekommt, was er will, so dachte ich nicht, daß er uns solchen Streich spielen würde. Ich vermute, er sitzt jetzt in irgend einer Weinkneipe und zecht."

„Ich würde mich nicht darum kümmern," erwiderte ich, „der Mann hat seinen freien Willen, und solange er andere nicht angreift, können wir ihn eigentlich nicht gut kontrollieren."

Doch gerade mit dieser von mir erwähnten Möglichkeit mußten wir kurz darauf rechnen. Zavertals Gesellschaft und die meinen trennten sich wieder, seine Leute gingen nach den Gallerien und stiegen bis zur Flaggenstange hinauf, während wir es vorzogen, uns die spanischen Läden anzusehen und ein bißchen durch die engen Straßen der alten Stadt zu bummeln. Wir frühstückten im Hotel, saßen später in einem der öffentlichen Gärten und ließen es uns, wie Waldo sagte, „gut sein", da zog mich dieser merkwürdige Veteran, der mir am nächsten saß, beim Arm und flüsterte:

„Da kommt das schwarze Schaf, machen Sie sich auf einen Skandal gefaßt, Kapitän, er scheint stark angeheitert zu sein."

(Fortsetzung folgt.)

Staat, die Hälfte für die Stadt, verlangt, festgesetzt werden. Die Interessenten, nämlich der Haus- und Grundbesitzerverein und der Mieterschutzverein, welche gehört worden sind, haben sich gegen eine höhere Wohnungsbauabgabe, etwa auf 10 000 Prozent und mehr, ausgesprochen. Die obige Forderung des Staates, also der 125fache Betrag für die Stadt und der gleiche Betrag für den Staat, entspricht den Bestimmungen des Reichsgesetzes, welches 3000 Prozent Abgabe vorsieht, ist jedoch unwesentlich höher.

Bürgermeister Rohrmann erläuterte die Vorlage eingehend und legte die Notwendigkeit des Bauens zwecks Linderung der Wohnungsnot dar. Die Stadt habe die Errichtung eines Wohngebäudes für zwölf Familien an der Ecke Ostberger- und Hermannstraße geplant, welches nach den augenblicklichen Baupreisen sich auf mindestens 680 Millionen Mark stellen werde. Der Verbandspräsident gewähre dazu die Landesdarlehen, die kapitalisierte Wohnungsbauabgabe und Miete in vorgesehener Höhe reiche aber nicht aus zur Aufbringung des Restfehlbetrages. Eine höhere Wohnungsbauabgabe habe der Magistrat infolge Stellungnahme der genannten beiden Parteien nicht anfordern können.

Stadtv. Keuler war gegen weiteren Ausbau der Wohnungsbauabgabe, so lange nicht die Möglichkeit, die Industrie, soweit sie nach den gesetzlichen Vorschriften zu bauen verpflichtet sei, aber bisher nicht gebaut habe, erschöpft sei. Er nannte die Firmen Möbling, Hundhausen und Meyknecht. Auch müsse zunächst die Wohnungsluxussteuer eingeführt sein, ehe man weiteste Volkskreise durch weitergehende Wohnungsbauabgabe in Anspruch nehme.

Stadtv. Scharfe beleuchtete im Anschluß an einen von ihm verlesenen Artikel die brennende Frage der Wohnungsnot und ihre Ursachen vom sozialistischen Standpunkt und gab den bürgerlichen Parteien die Schuld für die zeitigen Zustände auf diesem Gebiete. Dann stellte er den Antrag, die Wohnungsbauabgabe auf 12 000 Prozent zu erhöhen und begründete die Notwendigkeit dieser Höhe, damit die Möglichkeit weiterer städtischer Bautätigkeit gegeben wäre. Er sei sich klar darüber, daß weitere Kreise seiner Wählerschaft sich mit dieser Erhöhung nicht befreunden könnten, halte aber trotzdem an dieser Forderung fest, zumal die Höhe der Mietszuschläge in Schwerte diese Steigerung der Wohnungsbauabgabe durchaus zulasse.

Stadtv. Möhle bekannte sich als Gegner der Wohnungsbauabgabe. Die Löhne weiterer Arbeiterkreise, welche kaum für die notwendigsten Bedürfnisse der Ernährung, Kleidung und Heizung ausreichten, ließen gesteigerte Wohnungsbauabgabe nicht zu. Außerdem sei es als schärfstes Unrecht zu bezeichnen, daß die Familienväter für die Anwärter der Wohnungen, also für die Jugendlichen, Wohnungsbauabgabe bezahlen sollten, während diese leer ausgingen. Er forderte die Heranziehung dieser Kreise für die Wohnungsbauabgabe, ebenso die Heranziehung der Industrieen auch unter 20 Arbeitern.

Stadtv. Duisberg wandte sich scharf gegen die Ansichten und Ausführungen des Stadtv. Scharfe hinsichtlich der Verschuldung der Wohnungsnot. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Die Herrn Scharfe nahestehenden Kreise der Regierung haben das Wohnungselend verschuldet und zwar dadurch, daß die Mieten, die früher nach Goldwert zu entrichten gewesen seien, bewußt niedrig gehalten seien. Eine Aenderung sei nur zu erwarten durch Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkte.

Stadtv. Otten war dem Stadtv. Scharfe gegenüber gleichfalls der Meinung, daß die verfehlte Wohnungspolitik des Reiches die Schuld an dem Wohnungselend trage. Diese Erkenntnis sei bis tief in die sozialistischen Kreise gedrungen, wenn man sich vielfach auch noch scheue, es zuzugeben. Hatte man die Mieten von vorne herein entsprechend den Verteuerungen auf allen Gebieten der Lebenshaltung steigen lassen bei gleichzeitig entsprechender Steigerung der Löhne und Gehälter der Familienväter, so wäre die Wohnungsnot längst überwunden. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Mieten im Interesse der Erhaltung der vorhandenen Häuser den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen, sei immer noch nicht Allgemeingut, auch der Behörden, geworden. Hinsichtlich der Heranziehung älterer Jugendlicher sei entsprechende Aenderung des Gesetzes, welches die Heranziehung jetzt nicht zulasse, zu fordern.

Stadtv. Kemmerling sprach zunächst für Einführung der Wohnungsluxussteuer. Man solle wenigstens einmal den Versuch machen und nicht einfach sagen, sie bringe nichts oder nicht genügend ein. Wohnungsnot und Wohnungsbauabgabe ständen sich dadurch gegenüber, daß die Linderung der Not für die Wohnungssucher Vorteile und die Abgabe für die Wohnungsinhaber Nachteile darstellten. Der Städtetag, an dem auch die Stadt Schwerte sich auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sich in der Richtung gewandt habe, daß die Wohnungsbauabgabe allgemein und zu Gunsten der industriellen Stadt- und Landgemeinden einzuführen sei, müsse immer wieder beim Gesetzgeber vorstellig werden. Jetzt sei es Pflicht des Industriebezirkes, durch passiven Widerstand auch auf diesem Gebiete, also durch Nichterhöhung der Wohnungsbauabgabe, die Regierung zu der von ihm dargelegten Beurteilung der Notwendigkeiten zu bringen.

Stadt. Scharfe verteidigte seine Auffassung kritisierte die ungerechtfertigte Höhe der Baustoffpreise und forderte die Sozialisierung bezw. Kommunalisierung auf diesem Gebiete. Dann wurde mit Aufhörung der Verschiebung der Materialien ins Ausland die Bautätigkeit, welche auch zur Linderung der Aubeitslosigkeit notwendig sei, sich heben und billiger gestalten.

Stadtv. Frage wies die Ansichten seines Vorredners hinsichtlich des Nutzens der sozialisierten Betriebe entschieden zurück. In sozialisierten Betrieben sei das Persönlichkeits-Interesse nicht vorhanden; die Privatbetriebe, deren Leiter nicht eine achtstündige, sondern oft zwölf- und mehrstündige Arbeitszeit hätten, arbeiteten billiger und schneller. Die Schuld am Wohnungselend liege an dem Unrentierlichkeitsgestalten der Häuser nach 1918. Das sei der tiefste Grund für das Abflauen der Bautätigkeit der letzten Jahre.

Bürgermeister Rohrmann gab in seiner zusammenfassenden Erwiderung zu, daß sich die Stadt seither in der Festsetzung der Mietszuschläge habe vom Verbandspräsidenten anregen lassen. Was die von verschiedenen Rednern geforderte Wohnungsluxussteuer angehe, so habe es bisher an der Möglichkeit ihrer Erhebung gelegen, da die angekündigte Ausführungsbestimmungen für Preußen immer noch nicht eingegangen seien. Hinsichtlich der Heranziehung mittlerer und kleinerer industrieller Unternehmungen für Wohnungsbauten seien Verhandlungen eingeleitet, deren Ergebnis dem Stadtverordnetenkollegium demnächst unterbreitet würden. Er verwies es dabei auch auf die neuere Bestimmung, daß der für einen Teil der Arbeiter Wohnungen bauen muß, welcher neue Betriebe errichtet. Die stadtseitige Eingabe an den Städtebund wegen Begünstigung des Westens hinsichtlich der Zuwendungen aus den Ergebnissen der Wohnungsbauabgabe sei bisher noch unbeantwortet geblieben. Die Eingabe betreffend Heranziehung der Jugendlichen zur Wohnungsbauabgabe scheine dazu zu führen, daß durch Gesetz dem Wunsche entsprochen wird. Endlich kündigte er wenn heute nur das gesetzliche Mindestmaß an Wohnungsbauabgabe bewilligt werde, eine neue Vorlage des Magistrats auf 12 000 Prozent an, zu welcher Haus- und Grundbesitzerverein sowohl als Mieterschutzverein erneut Stellung zu nehmen hatten. Andere Industriestädte hatten zur Linderung der Wohnungsnot bereit 12 000 Prozent und wesentlich höhere Sätze beschlossen.

Stadtv. Kirchhoff sprach sich trotz dieser Darlegungen nur für die staatlich geforderten Sätze aus. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß höhere Sätze seitens der Arbeitgeberschaft als ausreichender Grund für Lohnerhöhungen anerkennt würden.

Stadtv. Keuler brachte sodann die Wünsche der in Schwerte neuerdings gegründeten gemeinnützigen Baugenossenschaft „Eigenheim", auf den Grundsätzen der Selbsthilfe beruhend, zur Sprache. Es handele sich um etwa zehn Mitbürger aus dem Baugewerbe, welche jeden Tag nach Feierabend vier Stunden an eigenen, später unter sich zu verlosenden Bauten arbeiten wollen, wenn die Stadt ihnen preiswertes Baugelände abgebe. Es sei Mißstimmung in genannten Kreisen über mangelndes Entgegenkommen seitens der Stadt vorhanden. Derartige Bestrebungen müßten besser unterstützt werden, wie es überhaupt wünschenswert sei, daß die heranwachsenden Jugendlichen an Stelle der früheren zweijährigen Militärdienstzeit zu einer zweijährigen Dienstleistung im Interesse der Behebung der Wohnungsnot herangezogen würden und wieder Ordnung und Unterordnung lernten.

Bürgermeister Rohrmann verwahrt die Verwaltung gegen den Vorwurf mangelnden Entgegenkommens. Es sei den Mitgliedern der Baugenossenschaft „Eigenheim" gesagt worden, wenn die Stadt kein eigenes Gelände verkaufen könne, da die städtische Bautätigkeit vorangehe, so solle durch Erwerb von privatem Eigentum, gegebenen Falles auf dem Wege der Enteignung, geholfen werden.

Stadtv. Cloidt teilte auf Anfrage mit, daß, um ein Beispiel zu nennen, eine Wohnungsbauabgabe von 12 000 Prozent zur Grundmiete für sein Haus jährlich eine Summe von 232 000 ℳ bedeuten würde, an welcher die Mieter mitzuzahlen hätten. Die Miete für eine Vierzimmerwohnung in den Eisenbahnbauten im Senningswege betrage nach neuartigen Festsetzungen jährlich rund 120 000 ℳ.

Stadtv. Türig fragte nach der Wohnungsbauabgabe der Neubauten der industriellen Werke.

Stadtrat Melchheier erwiderte, daß nur die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude zur Wohnungsbauabgabe herangezogen werden könnten.

Stadtv. Henschel beleuchtete noch einmal die Auswirkungen der Wohnungsnot und Wohnungsbauabgabe, viele Schwierigkeiten hätten ihren Grund in mangelnder Willigkeit. Sodann berichtete er, es seien Neubautenzusteuer vergeben worden, trotzdem ein anderes zuverlässiges Angebot etwa 30 Millionen billiger gewesen sei. Ob sich dieser Vorwurf, dessen Einzelheiten unverständlich blieben, gegen Kreisbaugenossenschaft oder Bergmannssiedlungen richten sollte, war nicht zu erkennen.

Stadtrat Meinehr sah in längeren Ausführungen nur eine Lösung der Wohnungsfrage darin, daß die Besitzungen der Großagrarier durch Enteignung erfaßt würden. Ein Abbau sei unbedingt nötig zwecks Herbeiführung regulärer Währung.

Stadtv. Wilkes stellte Antrag auf Schluß der Debatte. Der Antrag wurde angenommen und die Magistratsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es ist also zunächst von Vermietern und Mietern der 850fache Betrag der Gebäudesteuer nach letzter Festsetzung des Katasteramtes als Wohnungsbauabgabe zu zahlen.

Punkt 10. Erhebung einer kommunalen Beherbergungssteuer. Diese Steuer ist für nächtliches Logieren in den Gasthäusern geplant. Eine Schlafgebühr bis 200 ℳ pro Bett und Nacht soll steuerfrei bleiben, für 200 bis 1000 ℳ sollen 15 Prozent, von 1000—6000 ℳ 20 Prozent, für 6000 bis 8000 ℳ 30 Prozent, über 8000 ℳ 40 Prozent an die Stadtkasse gezahlt werden.

Stadtv. Duisberg erklärte sich gegen die Steuer, welche einseitig den Wirtestand treffe. Die augenblickliche starke Nachfrage nach Gasthofzimmern sei eine Folge der Besatzung und vorübergehend. Außerdem seien die Wirte als Interessenten nicht gehört worden. Wenn eine Steuer einmal eingeführt sei, so sei sie schlecht wieder zu beseitigen.

Stadtv. Otten stellte den Antrag auf Rückverweisung bis zur nächsten Sitzung. Inzwischen sei Veranlassung zu nehmen, die Interessenten zu hören. Ueber die Höhe der Sätze und zeitliche Giltigkeit der Dauer, vielleicht zunächst für das Jahr 1923, ließe sich reden. Kollegium beschloß, demgemäß.

Wegen vorgerückter Zeit wurden die Punkte 11, 12, 13, 16, 27, 29, 30, 32; Die Gegenstand eingehenderer Beratungen sein sollen, abgesetzt und bis zur nächsten Sitzung, welche Dienstag, 19. Juni, stattfinden soll, vertagt.

Punkt 14. Bewilligung von Mitteln für die paritätische Hilfsschule. Es handelt sich um Lieferung eines Tisches und Schrankes, welche für den Gesamtpreis von 45500 ℳ dem Schreinermeister Großpietsch übertragen werden soll.

Kollegium war einverstanden.

Punkt 15. Abrechnung der Volkshochschulkasse. Die vor reichlich Jahresfrist mit großen Hoffnungen ins Leben gerufene städtische Volkshochschule um welche sich der Leiter derselben, Herr Studienrat Dr. Hoffmann vom Realgymnasium in selbstloser, rührige Arbeit verdient gemacht hat, muß nach übereinstimmender Ansicht des Ausschusses infolge der Gegenwartsverhältnisse auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Nach der vom Ausschuß vorgelegten Abrechnung ergibt sich ein Ueberschuß von 2082 ℳ, welche nach der Vorlage des Magistrats als Zuschuß zu den Beheizungskosten verwandt werden sollen. Kollegium stimmte zu.

Punkt 17. Erhöhung der Krankenhaus-Pflegesätze. Die Pflegesätze für die Armenpfleglinge in den hiesigen beiden Krankenhäusern müssen auf Antrag der Krankenhausvorstände mit Wirkung vom 1. April von 5600 ℳ auf 6750 ℳ für Erwachsene, von 3070 auf 1500 ℳ für Kinder bis zu 12 Jahren und von 950 auf 2250 ℳ für Säuglinge erhöht werden. Kollegium erklärt ohne Aussprache sein Einverständnis.

Punkt 18. Erhöhung des Marktstandgeldes. Infolge der Geldentwertung soll das Marktstandgeld unter Aufhebung der Marktstandgeldordnung vom 10. Oktober 1922 auf den hundertfachen Betrag erhöht werden.

Stadtv. Scharfe rügte den ungesetzlichen Verkauf in den Straßen. Die auswärtigen Belieferer des Marktes würden von den Hausfrauen abgefangen, wie es am letzten Mittwoch an der Bürderstraße neben der Post zu beobachten gewesen sei.

Stadtv. Fabisch bestätigte als Polizeiorgan diesen Uebelstand, der dazu geführt habe, daß die Lastzüge unter polizeilichem Schutz vom Bahnhof zum Marktplatz geleitet werden müßten.

Kollegium war der Ansicht, daß es Pflicht der Allgemeinheit sei, derartige Straßenhamsterei, welche zudem die Stadt um die Marktstandgebühren brächte, zur Anzeige zu bringen.

Die Vorlage wurde angenommen.

Die „Königin der Nacht".

Seeroman von H. Hill.

13 (Nachdruck verboten.)

Ich folgte der Richtung seiner Augen und erblickte Orlebar, der auf uns zukam. Sein Aeußeres bestätigte allerdings die Behauptung des Generals. Seine blutunterlaufenen Augen warfen die wilden Blicke der Trunkenheit, und seine heftigen Gestikulationen erregten, als er auf uns zutaumelte, unter dem halben Dutzend Damen, die zu unserer Gesellschaft gehörten, bereits ängstliches Aufsehen. Namentlich Mrs. Brinkworth, die auf der anderen Seite des Generals saß, wurde weiß wie ein Blatt Papier, und ich erinnerte mich an die Szene, in der Orlebar sie erkannt hatte, und die sich am ersten Tage der Fahrt abgespielt. Es war schnell zu ersehen, daß Alinens Begleiterin tatsächlich die Ursache und der Gegenstand der eigentümlichen Aufregung des Betrunkenen war. Er trat auf sie zu und begann eine Flut von unzusammenhängenden Schimpfworten, aus denen nur so viel zu verstehen war, daß er mit ihr verheiratet gewesen, und sie sich von ihm hatte scheiden lassen. Da wir bemerkten, daß der elende Kerl nicht Herr seiner Handlungen war, so packten wir ihn beim Gelenk, ergriffen ihn jeder an einem Arm und führten ihn zum Gartentor. Dort gab ich ihm zu verstehen, man würde ihn der Polizei übergeben, wenn er die Dame noch einmal beleidigen sollte und ich fügte hinzu, sein Gepäck und sein Diener würden sofort wenn ich aufs Schiff käme, ans Land gesendet werden; unmöglich könne ich mich der Gefahr aussetzen, es zu einer Wiederholung seines schmachvollen Benehmens kommen zu lassen, und darum wollte ich ihm nicht gestatten, seine Reise fortzusetzen. Ich sprach mich in eine ziemliche Hitze hinein und dachte keinen Augenblick daran, ob die Schiffsreeder mit diesem Verfahren einverstanden wären, das sie unter Umständen zwang, den Preis des Billets wieder herauszuzahlen.

Orlebar ging fluchend nach der Stadt, und Waldo und ich kehrten zu den anderen zurück. Wir hatten den Betrunkenen so schnell beim Kragen gepackt, daß wir gar nicht darauf geachtet hatten, wie das Opfer seiner Redensarten seine Ausfälle aufgenommen, fanden aber zu unserer Beruhigung, daß Mrs. Brinkworth, wenn auch sehr blaß, so doch vollständig gefaßt war. Aline hatte großmütigen Herzens die Verteidigung ihrer Gefährtin übernommen und erklärte den anderen Damen, daß sich nicht Orlebar von seiner Frau hatte scheiden lassen, sondern umgekehrt diese wegen Mißhandlung und Trunksucht die Trennung von ihrem Manne beantragt hatte.

„Aline hat mir die Nummer der „Times" gezeigt, die den Bericht über die Verhandlung enthielt," sagte die schöne, junge Verteidigerin, als wir die Plätze wieder eingenommen hatten, „sie braucht sich nicht zu schämen und hat auch nichts zu verhehlen."

„Vielleicht wäre es besser gewesen, ich hätte gleich erklärt, daß mein früherer Gatte an Bord war," sagte die beleidigte Frau traurig, „doch ich wußte, daß er sich wieder verheiratet hatte und glaubte, es läge nur in seinem eigenen Interesse, unsere früheren Beziehungen geheim zu halten."

„Das hätte er meiner Ansicht nach auch gewiß getan, wenn er sich hätte besser beherrschen können," sagte Waldo, „ich glaube, wir haben seinen heutigen Anfall der Verfassung zu danken, in der er sich befindet; und ich begreife nicht, was unserem sonst so tüchtigen Doktor eingefallen ist, daß er ihn hier frei in der Stadt herumlaufen läßt."

Die Damen der Gesellschaft waren, übrigens wie bereits das ganze Schiff, gegen Orlebar eingenommen, und Alinens Verteidigung trug zu dieser Auffassung noch mehr bei, so daß es keiner einzigen einfiel, Ella Brinksworth wegen des unangenehmen Vorfalls mit scheelen Augen anzusehen. Im Gegenteil, sie behandelten sie mit der größten Sympathie, und als die arme Dame erklärte, der Name, unter dem man sie kannte, wäre ihr Mädchennahme, da baten sie sie, sich nicht weiter aufzuregen und nicht länger bei dem traurigen Gegenstande zu verweilen.

Wir hatten beschlossen, zum Diner nach dem Schiffe zurückzukehren, und da die Szene in dem öffentlichen Garten unsere Lustigkeit erheblich gedämpft, so glaube ich, tat es keinem leid, wieder zu den Booten zu gehen, da die Zeit der Heimkehr herangerückt war. Um möglichst schnell zu dem Landungsplatze zu kommen, bugsierte ich die Gesellschaft durch eine der engen Straßen der unteren Stadt, wo jedes zweite Haus entweder unter dem anspruchsvollen Titel einer Weinhandlung oder als offen zugestandene Kneipe eine Matrosenherberge ist, und wir hatten kaum das Ende der nicht sehr gut beleumundeten Gasse erreicht, als ein Mann aus einem offenen Torweg gegen mich anstürmte und mich fast über den Haufen rannte. Seine Entschuldigungen wurden schon zu Anfang dadurch unterbrochen, daß wir uns gegenseitig kannten. Es war Dr. Zavertal, und ich war neugierig, zu erfahren, was er hier zu tun hatte.

„Glauben Sie nicht etwa, daß ich betrunken bin, meine Damen," lachte er auf die erstaunten Blicke, die man ihm zuwarf, „ich hoffe, ich werde Ihnen später eine deutlichere Erklärung geben können, aber — jetzt ein Wort mit Ihnen, Kapitän."

Damit zog er mich bei Seite, während die anderen, meiner Aufforderung gehorchend, langsam nach der Landungsstelle zugingen.

„Sie suchen Orlebar?" fragte ich.

„Ja," erwiderte er, „ich erwartete bestimmt, ihn bei Saccone zu treffen, doch er muß in eine der weniger respektablen Kneipen hineingefallen sein. Trotzdem werde ich ihn schon irgendwo hier herum entdecken."

„Ich wurde keine weitere Zeit mit ihm vergeuden," versetzte ich und erzählte ihm dann kurz, was geschehen war. Endlich erwähnte ich meinen Entschluß, Orlebars Gepäck mit seinem Diener an Land zu senden und ihn seinem Schicksal zu überlassen. Zavertal hörte mit allen Zeichen deutlichen Aergers die Erzählung von dem Benehmen des elenden Menschen mit an, doch als ich die Maßregel erwähnte, die ich treffen wollte, merkte ich, daß er nicht meiner Meinung war und sie mißbilligte, obwohl sein Gesicht nichts weiter als ehrerbietige Ergebenheit ausdrückte.

„Sie sind fest überzeugt, daß Sie damit am besten handeln?" fragte er, und es fiel mir auf, daß seine Augen beim Sprechen härter wurden.

„Gewiß," versetzte ich. „Wir können doch nicht einen betrunkenen Halunken an Bord behalten, der die Leute mit unverschämten Lügen regaliert. Was würden Sie denn für das Richtigste halten?"

Er sah mich nachdenklich an, bevor er eine Antwort gab, — nicht, als wenn er über seine Meinung im Zweifel gewesen wäre, sondern eher mit einem kalten, abwehrenden Blick, der abzumessen schien, wie weit er mit mir gehen könnte. So kam es mir wenigstens vor, und die kluge Verschlagenheit seines Blickes versetzte mich in Ungeduld.

(Fortsetzung folgt.)

Punkt 19. Zusammensetzung der Stadtverord- [illegible] sterial-Erlaß haben die Städte das Recht, zu der Grundzahl von 11 Stadtverordneten bei einer Einwohnerzahl bis 15 000 auf je 1000 Einwohner einen Stadtverordneten hinzuzuwählen. Grundlegend ist die letzte Volkszählung vom 8. Oktober 1919. Jedes angefangene Tausend zählt für voll. Da Schwerte bei genannter Zählung 14 139 Einwohner hatte, so können 11 und 15, also 26 Stadtverordnete gewählt werden. Ein dahingehendes Gutachten legte der Magistrat vor. Kollegium erklärte sich in diesem Sinne.

Punkt 20. Aufnahme in den Preußischen Staatsverband. Es handelt sich um die Witwe des Maurers Busse, Nordstraße 14. Gegen die Aufnahme fand sich nichts zu erinnern.

Punkt 21. Beihilfe für die Stadt Wetter. Die Stadt Wetter hat am 28. März dieses Jahres eine furchtbare Unwetterkatastrophe erlitten, die durch Ueberschwemmung und Hagelschlag einen Schaden von vielen Millionen verursacht hat. Es wurde eine einmalige Beihilfe von 50 000 ℳ beschlossen.

Punkt 22. Ruhrhilfe-Ausschuß. Zwecks Vornahme der Verteilung der für städtische Ruhrhilfe eingehenden Beträge, welche aus freiwilligen Spenden hiesiger Einwohnerkreise eingehen und die, wie Bürgermeister Rohrmann auf Anfrage des Stadtv. Wilkes mitteilte, bis jetzt eine Höhe von 785 000 ℳ erreicht haben, soll ein 21gliedriger Ausschuß gewählt werden, darunter zwei Mitglieder des Magistrats und vier des Stadtverordnetenkollegiums. Der Magistrat wählt seine Mitglieder selbst.

Gewählt wurden:

die Stadtverordneten Kemmerling, Möhle, Kirchhoff, Rademacher,

für die Kleinrentner: H. Duisberg,

für die Sozialrentner: Hoppe,

für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen: Rasche,

für den Frauenverband: Frau Bürgermeister Rohrmann,

für den evangel. Frauenverein: Frau Morgenroth,

für den Elisabethverein: Fräulein Ludwig,

für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: J. Falke,

für den Allgemeinen deutschen Beamtenbund: Winkler,

für den Gewerkschaftsring: Herbel,

für die christlichen Gewerkschaften: Th. Kraas,

für die Eisenbahnbeamten: Heinemann,

für den deutschen Beamtenbund: Oberpostsekretär Pütter,

für das Handwerk: Bäckermeister Filbrich,

für die Landwirtschaft: H. Ecken,

für die städtische Wohlfahrtspflege: Bergmann.

Punkt 23. Verwendung der Sparkassenzinsüberschüsse. Aus dem Jahre 1921 stehen der Stadt Schwerte an Sparkassenzinsüberschüssen 30 154,52 ℳ zu. Es wurde beschlossen, dieselben wie folgt zu verwenden:

Evangel. Krankenhaus	6000 ℳ
Katholisches Krankenhaus	6000 ℳ
Veteranen-Ehrensold	2000 ℳ
Sanitätskolonne	2000 ℳ
Feuerwehr	2000 ℳ
Lungenfürsorge	2000 ℳ
Kinderhorte	2000 ℳ
Mütter-, Säuglings-, Haus- und Wochenpflege	6000 ℳ
Volksbibliothek	2154,52 ℳ

Punkt 24. Neuwahl eines Armenpflegers. An Stelle des Armen- und Waisenpflegers Kramer, welcher sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, wurde Lehrer Heinrich Kohlmann, Hörderstraße 43 zum Pfleger für den 12. Bezirk gewählt.

Punkt 25. Wahlen zum Grundstücks-Ausschuß. Nach dem Gesetz vom 10. Februar 1923 über den Verkehr mit Grundstücken muß ein unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stehender viergliedriger Ausschuß gewählt werden, welcher bei Versagung der Genehmigung zu Grundstücksverkäufen mitzuwirken hat.

Es wurden die Stadtv. Frage, Otten, Hesse und Scharfe gewählt.

Punkt 26. Wahl des Steuerausschusses beim Finanzamt Hörde. Für die mit dem 1. Juli 1923 beginnende dreijährige Periode muß ein Steuerausschuß für Einkommen- und Vermögenssteuer beim Finanzamt Hörde gewählt werden.

Gewählt wurden

a) als Mitglieder:

Schlosser Karl Gerhartz,
Dreher Theodor Bozetti,
Landwirt Dietrich Hockelke,
Kaufmann Bernhard Stern,
Schmiedemeister Josef Cloidt,
Stadtobersekretär Heinrich Brehr;

b) als Stellvertreter:

Hüttenbeamter Heinr. Mertens,
Vorarbeiter Wilh. Möhle,
Landwirt Heinrich Ecken,
Kaufmann Otto Wilkes,
Rentner Karl Weitermann,
Verwaltungsassistent Weber.

Ergänzt wird dieser Ausschuß noch durch folgende, durch den Magistrat bewirkte Zuwahlen:

a) als Mitglieder:

Gewerkschaftssekretär Heinrich Brand,
Kaufmann August Sieberg,
Fabrikarbeiter Jos. Reinehr;

b) als Stellvertreter:

Fabrikdirektor Karl Wolf,
Kaufmann Karl Feit,
Fabrikarbeiter Gustav Kirchhoff.

Punkt 28. Beihilfe für den Altar in der großen Kirche. Für die Erneuerung des Altars in der großen evangelischen Kirche haben die städtischen Vertretungen im Vorjahre 10 000 ℳ bewilligt. Da infolge der Geldentwertung die Unkosten eine nicht vorauszusehende Höhe erreichten, hat die Gemeinde um Gewährung einer weiteren Beihilfe. Finanzausschuß und Magistrat schlugen 150 000 ℳ vor.

Stadtv. Süring war gegen die Bewilligung, die Stadt habe ihr Geld anderweitig nötiger.

Bürgermeister Rohrmann, sowie die Stadtv. Möhle, Keuler, und Otten sprachen kurz für die Bewilligung, es gelte, für ein Kunstwerk von derartig hohem Werte auch Geld übrig zu haben.

Die Vorlage wurde mit beinahe Einstimmigkeit angenommen.

Punkt 31. Beitrag für den Sauerländischen Gebirgsverein. Auf Ansuchen des Hauptvereins soll der städtische Jahresbeitrag erhöht werden. Der Magistrat schlug 5 000 ℳ vor.

Stadtv. Wilkes beantragte Erhöhung auf 10 000 ℳ. Diesem Antrage wurde debattelos entsprochen.

Damit erreichte die Sitzung nach fast vierstündiger Dauer ihr Ende.

NÄHRWOHL ges. gesch. ist der beste Kindernährzwieback, dem Kleinsten in die Flasche zu geben.

LEO DENNIGER
Wilhelmstraße 24 - Fernruf 478
Lager und Vertretung für Schwerte und Umgebung: Dampfbäckerei-Conditorei-Café

Frühjahrs-Musiktage
der Stadt Hagen
26. bis 30. Juni 1923
Leitung: Städtischer Musikdirektor Hans Weisbach
Chor: Der städtische Gesangverein
Orchester: Das verstärkte städtische Orchester

I.
26. Juni, 8 Uhr
Orchesterkonzert
Solist: Prof. Havemann, Geige
Werke von Toch, Butting, Fleischer, Weismann.

II.
27. Juni, 8 Uhr
Kammer-Konzert
(kleiner Saal)
Amar-Quartett (Mannheim)
Tiny Debüser (Alt) Köln
Streichquartette von Hindemith und Schönberg
Lieder von Jos. Haas (Uraufführung)

III.
28. Juni, 8 Uhr
(kleiner Saal)
Heitere Musik aus dem 18. Jahrhundert
Mozart: Serenade
Pergolesi: La serva padrona (Intermezzo in 2 Akten)

IV.
30. Juni, 8 Uhr
Beethoven:
Missa solemnis
Solisten: Rosental-Quartett, Leipzig

Vorverkauf an der Kasse der **Stadthalle**, vormittags von 10—1 Uhr und nachmittags von 4—6 Uhr.
Vormietekarten für alle 4 Abende zu 25000, 22000, 18000 und 15000 Mk. **von Dienstag, den 19. bis Freitag, den 22. Juni.**
Einzelkarten für die Konzerte im grossen Saal: 10000, 8000, 6000 und 4000 Mark, für die Konzerte im kleinen Saal: Einheitspreis je 6000 Mark und an der Abendkasse.

Sofa-Lager! 1580
Spezial-Polstermöbel.
Kein Möbellager
Hugo Walther
Holzen, Rosenweg 40.

Sleckrübenpflanzen
zu verkaufen. 2057
Schmidt, Lichtendorf.

Suche per sofort oder 1. Juli ein ehrliches erfahrenes 2028
Mädchen
für den Haushalt gegen hohen Lohn.
Frau Otto Schriewer.

Hege und Jagd
ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler Jagd- u. Hundezüchter-Vereinigungen des In- u. Auslandes. Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Leupin ges. gesch. bestes u. anerkanntes Vorbeugungsmittel gegen [11628
Hautjucken
Ausschlag, Hämorrhoiden, Beinschäden; beseit. Krätze in den meisten Fällen schon in 3—4 Tagen. Zu haben Bad-Drogerie Wilh. Heppe.

Stärkewäsche
welche bis Sonnabend fertig gestellt werden soll kann nur bis Montag abend angenommen werden. 2060
Schröer, Hasleckstr. 14

Lichtspiele zur Reichskrone
Heute zum letzten Mal!
Das Weltstadtprogramm!
Schlagende Wetter!
Ein Bergmannsdrama in fünf ergreifenden Akten mit Eugen Klöpfer und Liane Haid in den Hauptrollen.
Der blinde Passagier
Fünf lustige Akte mit Ossi Oswalda in der Hauptrolle. 2069
„Er" auf der Hochzeitsreise

Aelteres, ordentliches
Mädchen
am liebsten vom Lande mit guten Zeugnissen für alle Arbeiten gesucht. Freie Reise, freie Schuhreparatur. Gehalt 50 000 Mk.
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Ztg.

Homöopathische Kranken-Behandlung
Sprechstunden nur in Hörde jeden Tag von morgens 9—12 und nachmittags von 3—6 Uhr.
Sonnabends keine Sprechstunden.
Elly Hensel, begl. Vertr. der Felke Heilweise
Hörde, Schulstr. 21.

Mädchen oder Frau
für vormittags als Aushilfe sofort gesucht.
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Ztg.

Am Mittwoch abend auf der Hüningstraße ein Portemonaie mit zwei kleinen Schlüsseln 2066
verloren.
Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung i. d. Geschäftsst. abzugeben

Geschäftshaus
oder Wirtschaft in guter Lage zu kaufen gesucht.
Angebote unter A. Z. 2067 befördert die Geschäftsst. d. Ztg.



Neu! Neu!
Discus
der Sicherheits-Füllfederhalter
mit 14kar. Goldfeder und härtester Iridiumspitze.
In verschiedenen Größen zu haben in der
Buchhandlung Carl Braus

Bequeme An- u. Abzahlung!
Herren- und Burschen-Anzüge
Streifhosen
Breecheshosen
Coverconts
Schlüpfer
In neuesten Macharten und soliden Qualitäten kaufen Sie
auf Teilzahlung
ohne Preisaufschlag bei
Wollberg
Hagen, Altenhagenerstrasse 59
1932
Bequeme An- u. Abzahlung!

Zeitungsboten oder -Botin
gegen guten Lohn (pro Zeitung 704 Mark) für sofort gesucht.
„Schwerter Zeitung"

Bekanntmachung.

Die Handwerkskammerbeitragsliste für das Jahr 1923 liegt vom 18. Juni ab 8 Tage lang auf dem hiesigen Amtsbüro — Zimmer Nr. 2 — zur Einsichtnahme der Beteiligten offen. Einsprüche können nur in dieser Zeit erhoben werden.

Westhofen, den 12. Juni 1923.

2070 **Der Amtmann:** Arndt.

Bekanntmachung.

Für die Sedanschule wird zum 1. Juli 1923 ein

Schulwärter

gesucht 2068

Kriegsbeschädigte werden bevorzugt. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche bis zum 23. d. Mts. einsenden.

Schwerte, d. 16. Juni 1923.

Die Stadtschuldeputation.

Trauerbriefe liefert schnellstens **Druckerei C. Braus**

Aus Stadt und Land.

Schwerte, 18. Juni.

Erinnerungen.

1675 Schlacht bei Fehrbellin.
1767 Schlacht bei Kollin.
1782 Letzter Hexenjustizmord (in Glarus).
1815 Schlacht bei Waterloo.
1870 Das Konzil beschließt die Unfehlbarkeit des Papstes.
1885 Der Geschichtsmaler Wilh. von Camphausen gestorben.
1895 Eröffnung des Nordostsee-Kanals.
1896 Einweihung des Kyffhäuser-Denkmals.
1915 Untergang von U 29 mit Kapitän Weddigen.

Die Marktgerichte.

Um eine möglichst schnelle Justiz gegen Wucher und Schieber, die auch durch die Wuchergerichte nicht immer gewährleistet ist, zu ermöglichen, sind in Preußen Marktgerichte eingerichtet. Diese sind besetzt mit einem Richter, der amtsgerichtliche Strafbefehle erlassen kann, einem Staatsanwalt und einem Gerichtsschreiber. Mit diesem Marktgericht arbeiten Polizeistreifen zusammen, die aus besonders geeigneten Beamten bestehen. Den Marktgerichten werden die Beschuldigten von den Polizeibeamten vorgeführt. Sie werden aufgrund eines Antrages des Staatsanwalts sofort abgeurteilt. Legt der Verurteilte Berufung ein, so geht die Berufung an das Wuchergericht, in komplizierten Fällen, wo besondere Erhebungen noch erforderlich sind, übergibt der Marktrichter die Sache, ohne zu einem Urteil zu kommen, an das Wuchergericht.

Die Marktgerichte werden tätig auf

den Wochenmärkten,

in den Markthallen und deren Umgebung und auf den Viehhöfen. Die Marktgerichte bestehen in Berlin, Magdeburg, Breslau, Hannover. Sie sind in der Einrichtung begriffen, oder schon eingerichtet in Elberfeld-Barmen, Hamm, Münster, Frankfurt a. M., Kassel, Hanau, Husum, Kiel, Erfurt, Essen. Die Einrichtung in weiteren Städten ist in Aussicht genommen. Die Zahl der polizeilichen Ermittelungen in den ersten fünf Monaten die der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage weitergegeben worden sind, betrug nach den im Landespolizeiamt vorliegenden Mitteilungen etwa 43 000. Aburteilungen sind nahezu an 1000 erfolgt und es ist auf viele Millionen Mark Geldstrafe erkannt worden.

Auf

die Mitwirkung der Verbraucher,

insbesondere auch der Gewerkschaften ist ständig großer Wert gelegt worden. Leider ist diese Mitwirkung nicht überall so intensiv erfolgt, wie es wünschenswert wäre. Die Mitwirkung der Verbraucher ist aber ein wesentliches Moment für eine wirksame Wucherbekämpfung.

*

** **Sabotage der Beamtenräte?** Unter dieser Spitzmarke berichtet die „Westf. Volksztg." in Nr. 129 aus Schwerte: Auf dem Eisenbahnausbesserungswerk Schwerte war nach dem Inkrafttreten des Beamtenräteerlasses ein Beamtenrat gewählt worden, der aus persönlichen Motiven seine Mandate niederlegte und den Bezirksbeamtenrat sowie der Werkleitung davon Mitteilung machte. Diese unterließen es aber, einen Wahlvorstand zu bilden. Als die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen, nachdem bereits vier Monate keine örtliche Beamtenvertretung vorhanden war, auf eine Neuwahl drängten, weigerten sich immer noch diese prächtigen Beamtenvertreter, einen Vorstand zu bilden. Die Organisationen gingen dann dazu über, der Werksleitung einen Vorschlag zur Bildung eines Wahlvorstandes zu unterbreiten, der von dieser auch genehmigt wurde. Der Vorstand schrieb ordnungsmäßig die Wahl aus, legte Wählerlisten an und genügte allen gesetzlichen Vorschriften. Ueber die eingehenden Einsprüche wurde entschieden und den Einspruchstellenden die Entscheidung schriftlich mitgeteilt. Bezeichnenderweise wurden die Einsprüche von Mitgliedern der Vereinigungen der Sekretäre, Vorsteher und Eisenbahninspektoren gemacht. Die Herren hatten es unterlassen, für ihre Gruppen eine Vorschlagsliste einzureichen und schalteten sich so selbst aus dem Beamtenrat aus. Nachdem die Wahl getätigt war, erhoben sie im ganzen gegen die Wahl Einspruch und wollten damit die Ausschaltung anderer Berufsgruppen erzielen. Bezirksbeamtenrat und Eisenbahndirektion folgten nun allzuwillig diesem Einspruch und sprachen die Ungültigkeitserklärung der vorgenommenen Wahl aus. Nach einigem Hin und Her bekam der Ortsbeamtenrat Einsicht in die betreffenden Schriftstücke. Es wurde nun folgende Feststellung gemacht: Die Einsprüche sind nach dem Beamtenerlaß hinfällig. Sie zeugen entweder von einer großen Unkenntnis des Beamtenräteerlasses oder laufen, was nicht unwahrscheinlich ist, darauf hinaus, den örtlichen Beamtenrat zu sabotieren. Die letztere Vermutung drängt sich willkürlich auf, wenn man bedenkt, daß die Eisenbahninspektoren, soweit sie als Dienststellenvorsteher in Betracht kommen, die Betriebs- und Beamtenräte aufs schärfste bekämpfen. Im allgemeinen sind die Betriebsvertretungen den Dienststellenvorständen ein Dorn im Auge. Daher auch die fahrlässige Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. Wir schlagen den Herren vor, sich die Betriebsrätevorordnung und den Beamtenerlaß genau anzusehen, damit sie bei späteren Anlässen nicht wieder die gleichen Dummheiten begehen, wie bei der vollzogenen Beamtenratswahl. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

** **In Hörde** sind die Eisenbahner in den Wartesaal eingesperrt worden mit der Begründung, daß sie nach der bekannten Verordnung des Generals Degoutte innerhalb 48 Stunden den Dienst wieder aufnehmen müßten, andernfalls hätten sie mit der Ausweisung zu rechnen. Um 10 Uhr vormittags sind 50 Eisenbahner in Hörde mit der Eisenbahn eingetroffen.

** **Wir verzeichnen folgenden Kursstand:**

24. 9. 19	Dollar über	10	M
5. 2. 20	Dollar über	100	M
25. 8. 22	Dollar über	1 000	M
10. 1. 23	Dollar über	10 000	M
13. 6. 23	Dollar über	100 000	M

Eine erschreckende Skala. Erschreckend vor allem in ihren letzten Zahlen. Nicht nur der ungeheuerlichen Höhe wegen, die den Markwert auf eine kaum mehr vorstellbare kleine Bruchzahl herabdrückt. Vor allem deshalb, weil sie das immer rasender werdende Tempo unseres Marksturzes deutlich zeigt. Fast zwei Jahre nach dem Kriege hat es immerhin bedurft, um den Dollar auf über 100 M zu steigern, weitere zwei Jahre, bis er die 1000 M-Grenze überschritt. Nachdem er diese aber erst einmal erreicht hatte, ging es in einem halben Jahre auch über die 10 000 und noch nicht fünf Monate später auch über die schwindelerregende vervierfachte Höhe des 100 000 M-Kurses! Dabei hat diese letzte unheilvolle Bewegung sich eigentlich erst im Zeitraum von acht Wochen seit dem Scheitern der Mark-Stützungsaktion vollzogen.

** **Die Auszahlung der zweiten Rate der Teuerungszuschüsse** für Kriegshinterbliebene und erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte für den Monat Juni findet am Dienstag, den 19 ds. Mts, vormittags an der hiesigen Stadtkasse statt.

** **Das Kreisfest christl. Vereine junger Männer und evangel. Jünglingsvereine** hatte gestern etwa 400—500 junge Männer und Schüler nach Schwerte geführt, die unter Trommelklang und Posaunenschall etwa um 9 Uhr vormittags vom Bahnhof einzogen. Die Jugendvereine von Hagen, Haspe, Breckerfeld, Vollmarstein, Gevelsberg, Westhofen, Holzen und manch andere sahen wir mit ihren Wimpeln und Posaunen im Zuge, der sich zur großen Kirche bewegte, wo Pastor Lichtenfels aus Haspe die Festpredigt hielt. In der kleinen Kirche sprach Pastor Schüßler aus Hagen. Das Kreisfest ist ein Fest geheiligter jugendlicher Freude und ein Fest der Aufmunterung zum Kampf um den Glauben, ein Fest zum Empfang neuer Jugendkraft. Leider störte starker Regen nach den Gottesdiensten ein angesetztes Handballspiel und ebenso die öffentliche Kundgebung am Postplatz, die nach dem Mittagessen der Jugendlichen bei hiesigen Gastgebern stattfinden sollte. Um 4 Uhr nachm. war aber der Saal des Gemeindehauses übervoll besetzt. Die Darbietungen der Redner, der Posaunenbläser und Gesangschöre stand unter Losung: Fahret auf die Höhe! und brachte neben jugendlicher Unterhaltung auch Gedanken des Ernstes und des Dienstes für Gottes Reich in die Herzen. Nach 6 Uhr bewegte sich erneut der Zug der Teilnehmer unter viel Marschmusik durch die Straßen der Stadt und es erfolgte die Abfahrt der auswärtigen Teilnehmer. Der hiesige Verein hielt am Abend noch eine abschließende Versammlung in seinem Vereinslokal ab.

** **Uebernahme der Berufsberatung** und Lehrstellenvermittlung durch die Arbeitsnachweise. Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung ist jetzt aufgrund des Reichsgesetzes über die Arbeitsnachweise in Preußen den öffentlichen Nachweisen zur Pflicht gemacht worden. Der Oberpräsident kann Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn sonst ausreichend dafür gesorgt ist. Die bestehenden Berufsämter sind möglichst auf die öffentlichen Arbeitsnachweise überzuleiten. Dies geschieht durch die Errichtungs- oder Verwaltungsgemeinde unter Mitwirkung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung mit dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises sowie dem bisherigen Träger des Berufsamtes. Die bewährten Einrichtungen sowie geeignete und bewährte Beamte und Angestellte sollen nach Möglichkeit übernommen werden.

** **Das einmalige Gastspiel der Mandolinen-Konzert-Gesellschaft Dortmund unter Mitwirkung der Ballettmeisterin Erna Abendroth** (die übrigens jetzt für das Leipziger Stadttheater verpflichtet wurde und, wie wir hören, in Bälde Dortmund verläßt), **und des Solotänzers Hans Woeller, auch vom Stadttheater Dortmund, gestaltete sich für die unsemein große Teilnehmermenge im Saale „Im Reiche des Wassers" zu einem seltenen und einzigen Kunstgenuß. Die mit abgetöntester Zartheit und in völlig rythmischer Einheitlichkeit vorgetragenen Konzertstücke der Ma Ko Ge (unter der sich 10 Herren befinden, die ihre Musiklehrerprüfung gemacht haben), ließen staunend erkennen, wie hoch die Leistungen der Mandolinen- und Guitarrenmusik entwickelt werden können unter einem Komponistendirigenten wie Th Ritter, dessen eigene Werke zumeist den dargebotenen Tanzduetten zugrunde lagen. Der „Großmütterchen"-Ländler, die Haydnsche C dur-Serenade, Griegs Anitras Tanz aus „Peer Gynt", der Walzer „Wiener Blut" und Schuberts Menuett op. 78 Nr. 3 waren ganz hervorragende Darbietungen, in den piano Partien besonders einschmeichelnd. Die von Erna Abendroth und Hans Woeller gebotenen Tanz-Duette: Erstes Begegnen, Walzer, Spanischer Tanz, Ungarischer Tanz, Russischer Tanz und Westfälischer Volkstanz zeigten in wohl ständig gesteigertem Maße die seltene Begabung der Darbietenden, denn einzelne Partien, z B der Russische Tanz zeigten die größten Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwunden. Der reichste Beifall lohnte. Die Kostüme in ihrer Echtheit, ebenso wie in ihrer Eleganz, trugen wesentlich zur Erhöhung des esthetischen Genusses bei, beim drollig-humorvollen westfälischen Volkstanz wollte der Beifallssturm schier kein Ende nehmen. Es mußte ein da capo folgen. — Der große Saal des Herrn Schramm zeigte diesmal zum erstenmal sich ausgestattet mit feststehenden Stuhlreihen. Das war eine wesentliche Verbesserung, günstig für alle Saalbesucher. Und dann: Kein Zechgelage, kein Tabakskandal im Saal; welch eine Wohltat für alle, die ein Konzert, eine künstlerische Erstleistung einmal mit Ruhe und Aufmerksamkeit genießen wollten. Der Mo-Ko-Ge-Abend war in allen seinen Teilen also sehr schön. Kein Wunder, daß allenthalben der Wunsch nach einer Wiederholung zu hören war. —**

** **Die Frühjahrsmusiktage** der Stadt Hagen finden vom 26 bis 30 Juni 1923 unter Leitung des Städt. Musikdirektors Hans Weißbarth statt. Der Hagener städt. Gesangverein und das verstärkte städt. Orchester teilen sich in die künstlerische Ausgestaltung der vier Konzertabende. Außerdem wirken erste Solokräfte mit. Alles Ausführliche besagt die Anzeige im heutiger Montagsnummer.

** **Ein Jubiläum.** Gestern, Sonntag, am 7 Juni, beging der Werkmeister Gust Böhmer des hiesigen Eisenbahnbetriebswerkes sein 25jähriges Dienstjubiläum. Die Kollegen des Amtsbezirks Hagen ehrten den Jubilar durch ein sinnreiches Geschenk und durch Ausschmückung seiner Arbeitsstätte. Wir schließen uns den Glückwünschen herzlich an und wünschen unserem treuen Leser stete Gesundheit und Freudigkeit zu seinem Dienst und für Herz und Haus Glück und Heil.

** Die Sprache der Augenbrauen. Aus allen möglichen Dingen will man den „Charakter" eines Menschen zu deuteln versuchen. Nur die Deutung aus Form, Farbe und Stellung der Augenbrauen ist ziemlich vernachlässigt, obwohl sich schon Aristoteles damit beschäftigt hat. Er meinte, und die Gelehrten teilen auch heute noch diese Ansicht, daß in der Mitte zusammentreffende Augenbrauen einen mürrischen Charakter verraten, andere sagen freilich, daß es sich in einem solchen Fall um einen „ernsten" Charakter handelt, was auch die Erfahrung vielfach bestätigt. Lange Augenbrauen weisen auf ein fröhliches Gemüt und heitere Liebenswürdigkeit hin. Schwache Augenbrauen sind ein Zeichen von Charakterschwäche und von Gleichgültigkeit, rote verraten Ehrgeiz, dunkle Geduld und ruhige Energie, hellfarbige hervorragende Intelligenz. Ist die Farbe heller als die des Kopfhaares, so deutet dies auf schwache Gesundheit.

Wucherbekämpfung in Preußen.

Der Präsident des Preußischen Landespolizeiamtes gibt folgende Mitteilungen über die Tätigkeit seiner Stelle im Kampfe gegen den volksfeindlichen Wucher:

Schon vor einiger Zeit sind Rundschreiben an die Polizeiverwaltungen herausgegangen, mit allem Nachdruck den Unredlichkeiten beim Erzeuger sowie beim Groß- und Kleinhandel nachzugehen, auf Preisaushang und Preisschilder, auf geringes Gewicht, auf Steuerzuwiderhandlungen zu achten und überhaupt alle unlauteren Machenschaften zu unterbinden. Ohne Rücksicht auf bereits eingeleitete Strafverfahren ist man seitdem vielfach dazu übergegangen, auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 die Handelserlaubnis zu entziehen, sofern sich die Unzuverlässigkeit der Händler erweist. Unterm 8. Februar ist von Preußen eine neue Preisschilderverordnung erlassen worden, die die rechtlich unhaltbaren Zustände die bisher dadurch bestanden haben, daß Regierungspräsidenten, Gemeindeverwaltungen und Preisprüfungsstellen solche Verordnungen von sich aus erlassen hatten, beseitigten.

Auf die Durchführung der Preisschilderverordnung sind die

Ueberwachung der Viehmärkte

zurückzuführen. In einer Reihe von Städten mit Großviehmärkten sind unter Hinzuziehung von Händlern und Verbrauchern polizeiliche Ueberwachungskommissionen eingerichtet, die vor Beginn des Marktes auf Grund der vorliegenden Unterlagen Preise für Vieh im Klein- und Großhandel festsetzen. Durch diese Maßnahmen ist zum mindesten verhindert worden, daß ein noch höheres Hinaufschnellen der Viehpreise erfolgte.

Gegen den

Wucher mit Obst und Gemüse

ist unter dem 12. Mai ein Erlaß des Präsidenten des Landespolizeiamts herausgegangen, nach dem die Polizeibehörden angewiesen werden, in den Erzeugergebieten in Verbindung mit den Preisprüfungsstellen möglichst auf das Zustandekommen von Richtpreisen in angemessener Höhe hinzuwirken.

Nach dem neuen Marksturz im Mai sind unter dem 25. Mai die Polizeibehörden erneut unter Darlegung der Sachlage und Hinweis auf die furchtbare Not der Verbraucher angewiesen worden, in der Wucherbekämpfung nicht zu erlahmen, sondern sich ihr im Gegenteil ganz intensiv zu widmen. Auf die

Warenzurückhaltung und das Warenhamstern

und auf die Marktpreise in den Erzeugergebieten wurde die besondere Aufmerksamkeit der Exekutivstellen gelenkt.

Ein Krebsschaden und wesentliche Ursache der Preistreiberei ist die große Zahl der Händler und Aufkäufer. Auf Grund der Reichsverordnung vom 9. Dezember 1922 haben jetzt nacheinander alle Oberpräsidenten in Preußen die

Aufkaufserlaubnis für Butter und Käse

vorgeschrieben. Die nachgesuchte Erlaubnis ist Tausenden versagt worden, und auf Grund einer neuen Reichsverordnung vom 10. Februar 1923 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist weiteren tausend Händlern, die bisher auf Grund des Wandergewerbescheines oder der Legitimationskarten nach der Reichsgewerbeordnung Handelnden und auch anderen im Besitz der Handelserlaubnis befindlichen Großhändlern aus volkswirtschaftlichen Gründen die erteilte Handelserlaubnis wieder entzogen worden.

Das Landespolizeiamt, das allerdings nur über eine ganz beschränkte Anzahl von Exekutivbeamten verfügt, schickt diese Beamten in die Erzeugergebiete und dorthin, wo das Aufkäuferunwesen besonders beobachtet wird. Die Beamten geben den örtlichen Behörden Anweisungen und greifen auch selbst ein, wo es erforderlich ist. Zur Zeit sind Beamte des Landespolizeiamtes tätig in Schleswig-Holstein, in der Provinz Brandenburg und werden demnächst

tätig sein im Westen,

um den gemeldeten großen

Eierschiebungen

auf die Spur zu kommen und sie zu unterbinden.

Turnen, Sport und Spiel.

Leichtathletik.

Am nächsten Sonntag wird zum dritten Male der Straßenstaffellauf „Rund um Schwerte" ausgetragen. Dieser sportliche Wettbewerb ist bekanntlich mit einem Wanderpreis der Stadt Schwerte ausgestattet. In den beiden Vorjahren war Schwerte 06 Gewinner des Wanderpreises, der nach dreimaligem Siege in den Besitz eines Vereins übergeht.

Boxkampf.

Einen Städtekampf Hagen : Schwerte hat man für den 8. Juli vereinbart. 6—8 Paare werden in den Ring treten. Die hiesigen Boxer bereiten sich zur Zeit eifrig den Kampf vor.

Fußball.

Beim Endspiel um die Deutsche Meisterschaft, veranstaltet am vorigen Sonntag im Berliner Stadion, waren über 60 000 Zuschauer zugegen, was die höchste bisher in Deutschland bei Fußballkämpfen erreichte Ziffer ist. Die Einnahmen beliefen sich auf über 3 000 000 Mark.

Letzte Drahtmeldungen.

Deutschland hat seine Schulden an Belgien bezahlt

Tu. Brüssel, 18. Juni. Deutschland hat am 15. Juni die letzte Serie der belgischen Schuldscheine, die es im Dezember 1922 der belgischen Regierung übergeben hatte, eingelöst, indem es an diesem Tage in Brüssel 52 Millionen Goldmark bezahlte.

Die Opfer des Attentates auf den Wiesbaden—Pariser D-Zug.

Tu. Frankfurt, 18. Juni. Zu dem Attentat auf den Wiesbaden—Pariser D-Zug bei Bodenheim schreibt die „Frankfurter Zeitung", daß 14 Personen durch Glassplitter verletzt sind, von denen 5 ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Nur ein Unteroffizier wurde schwer verletzt. Er hat einen Bruch beider Beine erlitten. Die sofort eingeleitete Untersuchung soll bereits zur Verhaftung von 4 Deutschen geführt haben.

Die Rechtsschwenkung Poincarees.

Tu. Paris, 18. Juni. Wie verlautet, wird die radikale Partei die zu ihr gehörenden 3 Minister auffordern, ihre Demission einzureichen. Für den Fall ihrer Weigerung werden sie auf der Parteiliste ausgestrichen werden. Es handelt sich um den Kolonialminister, den Hygiene- und den Postminister. Durch die Kammerstimmung in Mitleidenschaft gezogen sind ferner die Unterstaatssekretäre für technischen Unterricht und für die Handelsflotte, die der republikanisch-sozialistischen Partei angehören, sowie der Unterstaatssekretär für die Luftschiffahrt, der linksrepublikanisch, aber antiklerikal ist.

Schneefall in Thüringen.

Tu. Eisfelde, 16. Juni. Auf den höher liegenden Punkten des Thüringer Landes ist in der letzten Nacht Schneefall eingetreten. Am Rennstieg liegt 5 Zentimeter Schnee. Von verschiedenen Orten werden 2 Grad Kälte gemeldet.

Schlageter.

Diesen Weg sollst du, Deutscher, heute in Gedanken gehen:

An einem Maimorgen, von den Schergen des ewigen Götzen Macht aus dem Schlaf gerüttelt und zwischen Bajonette gepfercht, einen langen Gang durch frühe, verschlafene Vorstadtstraßen, durch den Duft taufrischer Fliederbüsche der Vorgärten, an einem Friedhof vorbei, in dessen Büschen unschuldig-heitere Frühlingsvögel ihr Lob Gottes singen. Und dreißigjährig sollst du sein.

Und das Leben sollst du lieben. Und verwachsen mit deiner Heimat sollst du sein, verwachsen mit Hügelwellen und Waldesrauschen, mit dem gewaltigen Lied der Maschinen und den Qualmfäusten der Fabrikschlote, mit der Geschichte deines Volkes und der Zukunft deines Volkes.

Und blond wie der Roggen seiner Aecker sollst du sein. Und einsam sollst du sein. Ganz einsam und verlassen, umringt von fremder Soldateska. Und sollst, auf diesem letzten Gange, keinen Laut deiner Muttersprache hören, mit keinem Heimatgenossen einen Blick wechseln.

Und in einem öden Wäldchen sollst du stehen, vor einem Dutzend Gewehrmündungen, die das, was sterblich an dir ist, in zwei Minuten werden ausgelöscht haben. Und du sollst die Binde vor den Augen spüren. Und du sollst niederknien — nicht vor deinen Tötern und für deine Mörder, sondern vor Gott und für Gott, der die geheimen Pfade deiner Seele weiß und nichts wägt als die Reinheit deines Wollens und die zureichenden Gründe deiner Tat. Und du sollst die letzten Atemzüge tun, langsam und tief — letzter Abschied von Deutschland — wartend .... wartend ...

Und dann, Deutscher, sollst du dich fragen, ob du würdig bist, den Namen des Mannes, der diesen Weg, den du in Gedanken gingst, in Wirklichkeit schritt, deinen Kindern und Enkeln zu überliefern. Den Namen des Mannes, der das, was Tausende und Abertausende gestern als Wort in sich wälzten, in die Tat umsetzte. Der das, was bei diesen Tausenden und Abertausenden Spiel der Vorstellung, Wiederkauung der Zeitungsphrase, vielleicht Versuchung des Gehirns blieb, mit allen Folgen der Wirklichkeit bis zum Tode durchlebte.

Und dann sollst du dich fragen, ob du die Kraft hättest, jenen Ruf nachzurufen, mit dem dieser Mann die Schüsse in seinem Fleisch empfing, das büßen mußte, was seine Seele brannte und zu handeln trieb. Jenen großen, heiligen Ruf: „Hoch Deutschland!" Diesen Ruf, den auch der wildeste, der erbitterste Todfeind achten muß, wenn anders noch ein Funken von Ehrgefühl in ihm lebendig ist, der Ruf, der überall in der Welt gilt und überall gleich lautet: „Hoch das Vaterland!"

Und dann sollst du hingehen und dich ändern. Und sollst deine Lauheit und Flauheit abtun. Und wenn du auch kein Held bist zu großen Taten und großen Konsequenzen, so sollst du wenigstens im Maße deiner Kraft und deiner Gesinnung dein Aeußerstes einsetzen. Damit du ohne Ekel vor dir selbst den Namen aussprechen kannst, der klingen wird, solange ein Mensch ein Vaterland hat.

Die Leiden der Eisenbahner.

Von Wilhelm Siebert.

Von all' den Deutschen, die das schwere Schicksal getroffen hat, täglich und stündlich Franzosen um sich zu sehen, von ihnen bedrückt, verfolgt und bedroht zu sein, haben entschieden die Eisenbahner am meisten zu leiden: Sie sind Freiwild französischer Scharfschützen, auf sie werden täglich und stündlich die französischen Gendarmen losgelassen, sie werden aus ihren Wohnungen vertrieben, mißhandelt, eingekerkert, ausgewiesen: Alles, weil ihr Widerstand der schwerste Schlag gegen die französische Ruhraktion ist, weil sie tapfer ausharren und sich dem französischen Willen, für die fremden Eindringlinge die Eisenbahnzüge zu führen, nicht beugen. Infolgedessen wüten die Fremden gegen die Eisenbahner wie die Wilden: Alle Leiden müssen die tapferen Beamten durchmachen: Verhaftungen, Kriegsgerichte, Einkerkerungen, Mißhandlungen, Ausweisungen. Täglich wissen die deutschen Tageszeitungen in langer Reihe die Namen der deutschen Helden des Abwehrkampfes zu melden, die sich freudig für ihr Vaterland ins Gefängnis werfen oder über die Grenze ins unbesetzte Gebiet treiben ließen, aber keine Hand für die französische Besatzungsarmee rührten. Unendlich lang ist die Liste der Eingekerkerten, der Ausgewiesenen, hoch sind die Gefängnisstrafen, schwer die Urteile, die eine wütende Militärjustiz verhängt hat: Vom 11. Januar, dem Tage des Einbruchs französische bis an die Zähne bewaffneter Truppen in das friedliche, aller Verteidigungsmittel entblößte, der wiederaufbauenden und segensreichen Arbeit dienende Ruhrgebiet, bis zum 19. Mai wurden aus dem Ruhrgebiet allein 4175 tapfere Eisenbahner aus ihren Wohnungen auf die Straße hinausgejagt, ohne auch nur einiges von ihrem in langen Jahren harter Arbeit und Mühe angeschafften Hausrate mitnehmen zu dürfen. Aber nicht allein 4175 Eisenbahner wurden von Haus und Hof vertrieben: mit ihnen mußten auch insgesamt 12 401 Familienangehörige — Frauen und Kinder, Greise, Kranke und Krüppel — aus den Wohnungen heraus, 11 303 davon wurden von den französischen Friedensbrechern über die Grenze des Einbruchsgebietes getrieben, der Rest fand bei mitleidigen und helfenden Nachbarn Aufnahme. Aber nicht allein Ausweisung ist das Schicksal der mit unglaublichem Haß verfolgten Eisenbahner: Kerker, Mißhandlung, Tod hängen in düsterem Grauen über ihren Häuptern. 376 Eisenbahner wurden bisher von den französischen Einbrecherhorden unter Kolbenstößen und Fußtritten in die Gefängnisse geschleppt, 86 von ihnen urteilte eine fanatische französische Militärjustiz ab: Gesamtstrafen von 171 Jahren und 9 Monaten wurden verhängt von jenen Gerichten, die sich mitten im Frieden auf fremdem Gebiet, wo sie nichts zu suchen haben, Kriegsgerichte nennen. Andere Eisenbahner wurden zu schweren Geldstrafen verurteilt, die bereits eine Höhe von 103 508 200 M. erreicht haben. Damit nicht genug: der französische Haß ist nicht befriedigt, wenn er Frauen und Kinder, dürftig bekleidet, krank, unterernährt aus den Wohnungen vertrieben, schutzlos in der leeren, öden Fremde weiß: auch der französische Sadismus will auf seine Rechnung kommen. 112 Eisenbahner wurden bisher gezählt, die in entsetzlicher Weise von den Franzosen mißhandelt wurden und noch heute in großer Zahl in den Lazaretten und Krankenhäusern liegen: viele von ihnen werden wohl nie mehr zu dem vollen Gebrauch ihrer Organe und Glieder zurückkehren: sie werden ewig Krüppel und Siechе bleiben. Und nun die Toten! Schon nach dreimonatiger Besatzungsdauer konnte man auf deutscher Seite über 30 Tote zählen, die französischen Menschenjägern zum Opfer gefallen sind: davon haben die Eisenbahner fünf tapfere Kameraden zu beklagen, die treu und fest zu ihrem Vaterlande hielten. Ihr Blut rötete die Eisenbahnschienen und Gleise, weil fremde Willkürherrschaft es wollte. Ihr Blut ist aber auch der Kitt für die Abwehrfront, die heute fester denn je dasteht.

Deutsche Armut, interalliierte Aussaugung.

Bekannt sind die Vorwürfe, die oberflächliche Beobachter des deutschen Lebens den Deutschen machen und die darauf hinauslaufen, daß die Deutschen in vollem Reichtum lebten. Zur Widerlegung dieser widersinnigen Behauptungen genügt eine Gegenüberstellung der Löhne und Gehälter, die Arbeiter, Angestellte, Beamte in Deutschland, der Schweiz und in Norwegen beziehen. Bei der Umrechnung auf Goldmark ergibt sich — für Oktober 1922 berechnet — folgendes Verhältnis: ein Postschaffner in Deutschland erhält 112 Mark, in der Schweiz 234, in Norwegen 179 Mark in Gold, ein Obersekretär in Deutschland 165 Mark, in der Schweiz 316 Mark, in Norwegen 282 Mark in Gold, ein Regierungsrat in Deutschland 220 Mark, in der Schweiz 413 Mark, in Norwegen 475 Mark in Gold monatlich. Man sieht, mit wie viel weniger Einkommen der Deutsche sein Leben fristen muß!

Zum Vergleich ziehe man einmal die Gehälter heran, die die Interalliierten ihren in Deutschland lebenden Offizieren und Beamten — auf Kosten Deutschlands — glauben gewähren zu müssen. Außer ihrem vollen Heimatsgehalt und Verpflegungszulagen erhalten die interalliierten „Gäste" folgende Gehälter (für Oktober berechnet): ein Unteroffizier oder einfacher Soldat 137 700, ein Feldwebel oder Sergeant 227 250, ein Hauptmann und Leutnant 417 825, ein Major und Kapitän 442 825, ein Oberst usw. 491 625, ein General 688 275, ein vorsitzender General 934 200. Es ergibt sich hieraus, daß der einfache Soldat der interalliierten Kommissionen mit rund 140 000 Mark im Oktober 1922 (wie auch heute) ein etwas höheres Gehalt bezieht als ein General oder Staatssekretär bei uns!

So sieht es in Wahrheit um die Verhältnisse in Deutschland und das Verhalten der Interalliierten aus!

Französische Wünsche — deutsche Gegenwünsche.

Es ist nicht uninteressant, angesichts des Garantieangebots der deutschen Industrie an die Reichsregierung und der sich anbahnenden Möglichkeit einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems einen Blick auf gewisse Vorgänge zu werfen, die sich in Paris hinter den Kulissen abspielen und irgendwie auf eine taktische Schwenkung der französischen Politik gegen Deutschland hinzudeuten schienen. Zwei verschiedene Strömungen ringen in Frankreich schon seit Monaten miteinander: die nationalistische, für die es nur eine Eroberungspolitik gibt, und die industrielle, die eigener Interessen und Vorteile wegen den Weg der Verhandlungen mit Deutschland für den verständigeren hält, um zum Ziel zu kommen. Die Auswirkungen dieses inneren Kampfes haben sich in letzter Zeit mehrfach gezeigt: Einmal ist es innerhalb der Industrie insofern zu einer Klärung und Scheidung gekommen, als die am Ruhrkoks und an der Erhaltung des rheinisch-westfälischen Absatzmarktes hervorragend interessierte de Wendel-Gruppe sich durchsetzte und den Sieg über die zur nationalistischen Richtung und militärischen Eroberung des Ruhrgebietes neigende Schneider-Gruppe davontrug, die dann auch aus dem Comité austrat.

Infolgedessen hat nun de Wendel die Führung und beginnt energisch für eine Verständigung am grünen Tisch Stellung zu nehmen. Da die de Wendel-Gruppe wie überhaupt die im Comité des Forges zusammengefaßte französische Schwerindustrie zu einer der mächtigsten und einflußreichsten Gruppen in Frankreich gehört, darf die Verschiebung der Verhältnisse keineswegs unterschätzt werden, zumal auch Präsident Millerand dem Standpunkt der Industrie zuzuneigen scheint; wenigstens wurde so etwas in der französischen Presse wiederholt angedeutet. Und Poincaré selbst scheint sich nicht mehr ganz sicher zu fühlen, zumal in industrielle Kreise heftig gegen ihn Sturm laufen und kein Tag vergeht, an dem ihm die Presse der Industriellen nicht vor Augen hält, wie kläglich die Ergebnisse seiner Ruhraktion sind, und daß es doch wohl besser wäre, wenn ein Geeigneterer seinen Platz einnehmen würde. Das Vertrauensvotum nach der mehrtägigen Ruhrdebatte in der Kammer, in der der nationalistische Block den Ausschlag gibt, hat allerdings erneut gezeigt, daß die Wünsche der französischen Industrie im Parlament noch keinen Widerhall finden.

Es ist natürlich schwer vorauszusagen, wann die französische Industrie auf dem Plan erscheinen wird, um mit Erfolg die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs gegen die nationalistischen Wünsche des Herrn Poincaré und seiner Getreuen in die Wagschale zu werfen. Man würde sich jedoch einer bitteren Täuschung hingeben, wenn man annehmen wollte, daß diese wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu annehmbarer Forderungen an Deutschland führen würden: soviel ist bereits zu uns gedrungen, daß man in Frankreich ernsthaft mit dem Plan umgeht, eine Beteiligung an der deutschen Industrie zu verlangen, d. h., die deutsche Industrie soll sich zu einem erheblichen Teil dem französischen Rentner dienstbar machen. Ein solcher Plan wird jedoch auf deutscher Seite auf entschiedenen Widerstand stoßen, da es nicht angeht, eine Ueberfremdung der deutschen Industrie durch französisches Kapital hinzunehmen. Infolgedessen liegt es jetzt an der deutschen Regierung, hervorzutreten und Frankreich ein durch die Industriegarantie besonders wertvolles und gesichertes Reparationsangebot zu machen, dessen Ablehnung Frankreich nach Möglichkeit zu erschweren ist. Dafür muß aber von deutscher Seite unbedingt die Forderung aufgestellt werden, uns nach jeder Richtung hin wirtschaftliche Freiheiten zu gewähren. Solche bestehen natürlich auch darin, uns von jeder überflüssigen Abgabe zu befreien, damit die gesamten deutschen Einnahmen erfaßt und zusammengeholten und dem deutschen Wirtschaftsleben zur Aufbringung der Reparationsmilliarden wieder zugeführt werden können. Auf diesen Punkt ist bei den bevorstehenden Verhandlungen das größte Gewicht zu legen: denn wenn es uns gelingt, jeden fremden Druck auf die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft zu beseitigen, dann ergibt sich ohne weiteres eine Aufhebung der Milliarden kostenden Rheinland- und Ruhrbesetzung. Nur in diesem Sinne ist das Industrieangebot aufzufassen und nicht anders.

W. S.



Ein Beispiel französischer Brutalität. Der Buchhalter L. aus Bochum, dem ca. 70 Peitschenhiebe erteilt wurden.



